

30

Juli '99



information

- **Einladung**
- s/vsh - Kongress 99
- **AG Integration -
wie geht es weiter?**
- **Mehr Zeit für gute Schule -
Gute Leute machen Schule**

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Inhalt

	Seite
s/vsh - Kongress 1999 - Einladung	3
Vorwort M. Doppke	4
Was macht eigentlich die Arbeitszeitkommission?	5
Erbsenzählererlass-Nachfolgeregelung M. Doppke	5
Initiative Hauptschule W. Rossow	6
Hauptschulwettbewerb Mathematik	7
Integration - noch immer ein Reizthema E. Jakisch	8
Arbeitskreis Integration - Protokoll A. Ehlers	10
Terminvorschau: Mitgliederversammlung	
Regionalversammlungen	
Arbeitskreis KLEINE SCHULEN	11
Fortbildung von Kollegien in Erster Hilfe - A. Sing	12
Nachgedacht... und aufgeschrieben - M. Doppke	13
Landesbildungsserver - U. Niekiet	14
Antwort zum Thema Gewalt - Minister Wienholtz	15
Weitergabe von Schülerakten von Schule zu Schule	17
ZUR INFORMATION	18
Landtagsdebatte zu „Gute Leute machen Schule“	19
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	39
<i>Die letzte ...? - Das Letzte !</i> - J. Karnowsky	41
Adressen - Vorstand	42

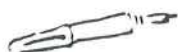


GmbH & Co KG
Spezialist für Schul- und Bastelmaterial

Zuerst kaufen, dann testen?
ODER
Vor Ort testen, dann kaufen?

Wir bieten:
KEINEN KATALOG
aber wir bieten fachkompetente
Beratung und innovative
neue Ideen.

Müssen Qualitätsprodukte
teuer sein?



Dürfen wir auch Sie überzeugen? Dann rufen Sie zum **NULLTARIF** an:

Tel.: 0800/0008056

Fax: 0800/0008057

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei Namens-Schul- oder Privatadressenänderungen, Eintritt in den Ruhestand oder Kontoänderungen auch an den s/vsh zu denken, und uns oder der AWU diese umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und uns ersparen Sie Kosten.

s/vsh - Kongress

7. Oktober 1999

Hotel Intermar

Bad Segeberg

•FIT FÜR GUTE SCHULE•

Konsequenzen aus der stetig wachsenden Belastung von
Schulleitung im Alltag

Eine Einladung mit Anmeldebogen und genaueren Angaben wird Ihnen nach den
Sommerferien gesondert zugehen

- | | |
|------------------|--|
| 9.00 Uhr | Kaffee im Foyer |
| 9.30 Uhr | Begrüßung
Grußworte der Gäste |
| 10.30 Uhr | Referat Prof. Dr. Schönwälder (Universität Bremen)
„Ergebnisse und Konsequenzen aus einer
Belastungsuntersuchung im Schulbereich“ |
| 11.15 Uhr | Aussprache |
| 12.00 -14.00 Uhr | Mittagsbuffet parallel dazu |
| 12.00 -15.00 Uhr | Markt der Möglichkeiten <ul style="list-style-type: none">• Büro-Organisation• Entspannung und Gesundheit• Altersteilzeit / Sabbatjahr• Medien• Rechtsberatung• Zeitmanagement• |
| 15.00 Uhr | Diskussion mit Ministerin Ute Erdsiek-Rave,
Prof. Dr. Schönwälder und Kongress-Teilnehmern |
| 16.30 Uhr | Ende der Veranstaltung |

Vorwort

- Michael Doppke -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt in der heißen Endphase des Schuljahres fällt es mir schwer, Zeit und Ruhe für die Verbandsarbeit zu finden, zu sehr drückt der Alltag. Sicher geht es Ihnen ähnlich wie mir: Egal ob Kinderfest, Wandertag, Sportfest oder Projektwoche, mindestens ein Großereignis gibt es wohl in jeder Schule vorzubereiten und durchzuführen. Gleichzeitig müssen die letzten Klassenarbeiten geschrieben werden und die ersten Vorbereitungen für die Zeugnisse beginnen. Beinahe hätte ich es vergessen, das nächste Schuljahr muß eigentlich auch geplant werden. Wie aber soll man planen und vorbereiten, wenn man nicht weiß, wer im nächsten Jahr unterrichten wird? Nach wie vor ist die Personalzuweisung ein Problemfeld in vielen Kreisen. Nicht überall ist z.B. für die Schulleitungen nachzuvollziehen, nach welchen Kriterien die Planstellen an die Schulen kommen. Bei der Besetzung freier Stellen mit Personen werden die Schulleitungen meist nicht in dem für mich erforderlichen Umfang mit einbezogen. Immer noch passiert es deshalb, dass man seine angeforderten Fächer nicht bekommt, die Nachbarschule damit aber bestückt wird, obwohl sie dafür keinen Bedarf hat. Das führt zu unnötigem Unmut, weil die Gründe dafür nicht zumindest transparent gemacht werden. Die Dezentralisierung der Personalbewirtschaftung könnte hier sicher Abhilfe schaffen, wenn sie konsequent durchgeführt würde. Leider kommen aber nur wenige Schulen in den Genuss, schulscharf ausschreiben

zu können. Der weitaus überwiegende Teil der Personalveränderungen wird wie eh und je durchgeführt, und so werden viele von uns auch in diesem Jahr damit leben müssen, erst nach den Ferien die letzten Entscheidungen mitgeteilt zu bekommen (auch eine Art Entlastung für die Zeit vor den Ferien, oder?). Wir werden in den anstehenden Gesprächsrunden mit dem Staatssekretär und den Schulräten versuchen, hier für das nächste Schuljahr Verbesserungen zu erreichen.

In der Hektik der letzten Schulwochen wird die besondere Belastung der Schulleitungen besonders deutlich, die Kraft nimmt rapide ab. Man spürt sehr deutlich, dass man eigentlich mehr für sich selbst tun müsste. Aber wo gibt es Hilfen, was könnte den Schulalltag erleichtern? Auf unserem Kongress am 7. Oktober wollen wir uns mit diesem Themenbereich näher beschäftigen und ausgehend von den Ergebnissen einer Belastungsuntersuchung im Schulbereich Konsequenzen aufzeigen und Hilfen anbieten. Außerdem haben wir die Gelegenheit, mit der Ministerin darüber zu diskutieren. Ich hoffe, dass Sie sich wie in den letzten Jahren zahlreich anmelden werden. Es wird sicher eine interessante Veranstaltung, die sich stark an der Praxis orientiert.

Ich freue mich schon auf meinen Urlaub und wünsche Ihnen gute Erholung in der "unterrichtsfreien Zeit".

Ihr *Michael Doppke*

Was macht eigentlich die Arbeitszeitkommission ?

- Michael Doppke -

Das ist eine Frage, die mir oft gestellt wird. Ich muss immer antworten: "Ich weiß es nicht! Mir sind keine Ergebnisse bekannt!" Wie es den Anschein hat, ist die Suche nach einem neuen Arbeitszeitmodell langfristig auf Eis gelegt, sonst gäbe es wohl keine durch den Pflichtstundenenerlass vom 9.3.99 im Prinzip auf zwanzig Jahre festgeschriebene Lehrerarbeitszeit, die bestehende Strukturen bestätigt. Diese ungerechte und, was den Rückzahlungsmodus der Vorgriffsstunde betrifft, völlig unrealistische Regelung hat der s/vsh von Beginn an kritisiert und konstruktive Lösungsvorschläge erarbeitet (siehe u.a., Heft Nr.25 vom April 98), die inzwischen auch bundesweit in ihren Grundzügen als Forderungen aller Schulleiterverbände in der ASD übernommen worden sind. Eine wirkliche Verbesserung wird es nur geben,

wenn alle Betroffenen bereit sind, über ihren Schatten zu springen und gemeinsam eine wirkliche Reform anpacken. Ein radikales Umdenken darüber, wie Arbeitszeit sich im Schulbereich zusammensetzt, ist Voraussetzung. Einige Kernpunkte dafür sind die Berechnung der Arbeitszeit in Zeitstunden, die Festlegung der Leitungszeit für Schulleiter und Stellvertreter unabhängig von Lehrerarbeitszeiten und Schularten, eine Mindest-Leitungszeit von 2/3 der Arbeitszeit und ausreichend Zeit für Systemarbeit an der Schule. Eigenverantwortung und gezielte Schulentwicklung über Schulprogramme werden zu Worthülsen, wenn nicht endlich die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies geht allerdings auch bei effektiver Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen nicht zum Nulltarif.

"Erbsenzählererlass" – Nachfolgeregelung

Michael Doppke -

Wie wir erfahren haben, sollen im Juli - Nachrichtenblatt die Nachfolgeregelungen für den sogenannten "Erbsenzählererlass" veröffentlicht werden. Im Vorfeld haben Kolleginnen und Kollegen dem Vorstand Vorschläge gemacht, wie die "Verwendung von Zeiten nicht erteilten Unterrichts" so geregelt werden könnte, dass die Eigenverantwortung der Schule gestärkt wird und wieder mehr Vertrauen geschaffen werden könnte. Alle hielten es grundsätzlich für richtig, dass Arbeitszeit im vollen Umfang abgeleistet wird. Wie die Schule allerdings nicht erteilte Unterrichtsstunden z.B. wegen "hitzefrei" oder Abwesenheit von Klassen einsetzt und wie sie dies dokumentiert, sollte jede Schule für sich regeln, weil die Bedingungen von Schule zu Schule und von Schulart zu Schulart nicht vergleichbar sind. Wir haben diese Ideen weitergegeben und sind zuversichtlich, dass sie bei der Formulie-

rung des Textes berücksichtigt werden. Ich rechne mit einem schlanken, praxisgerechten Erlass. Zur Erinnerung zitiere ich aus dem Erlaß "Nachweis des Unterrichtsausfalls" von 1976, der vor dem "Erbsenzählererlass" gültig war:

Ansichts der sehr unterschiedlichen Belastungen von Klassen und Fächern durch Unterrichtsausfall und der damit begründeten Beschwerden muß jederzeit ein genauer Überblick über die Unterrichtsausfälle an den einzelnen Schulen bestehen. Dazu bestimme ich: Der Schulleiter muß jederzeit nachweisen können, welcher Unterricht durch die Abwesenheit von Lehrkräften in den einzelnen Fächern und Kursen ausgefallen ist.

....

Das würde im Prinzip doch reichen, oder ??

Initiative Hauptschule

- Walter Rossow -

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zusammen mit etlichen Partnern und unter der kompetenten und engagierten Federführung des BildungsZentrums Tannenfelde in der Person von Frau Denecke hat die Initiative Hauptschule nach ihrem bundesweit ausgeschriebenen Hauptschulpreis 1999 einen nur auf Schleswig-Holsteins Hauptschulen und das Fach Mathematik begrenzten Preis ausgelobt.

Leider war die Resonanz auf diese Ausschreibung mehr als enttäuschend und wenig hilfreich für die Initiatoren, die mit diesem Preis zeigen wollen, dass gerade auch an Hauptschulen viel kreativer sowie schüler- als auch leistungsorientierter - und damit ganz normaler - Mathematikunterricht stattfindet.

Deshalb meine große Bitte: Helfen Sie mit, dass dieser Preis ein Erfolg wird, indem Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen motivieren, sich an diesem Preis zu beteiligen. Ich bin sicher, dass wir bei der Preisverleihung, die durch Kultusministerin Erdsiek-Rave vorgenommen wird, viele hervorragende Arbeiten werden präsentieren können.

Im folgenden finden Sie noch einmal das Schreiben von Frau Denecke, das Sie vor einiger Zeit eigentlich alle in Ihrer Schulpost vorgefunden haben sollten.

An die
Schulleiterinnen und Schulleiter
an Hauptschulen und Schulen mit Hauptschulteil
in Schleswig-Holstein



03. Juni 1999 de/Ca.
Tel.: 04873 / 18 - 0

Hauptschulwettbewerb Mathematik in Wirtschaft und Berufswelt

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 19. Februar 1999 haben wir die in Kopie beigefügte Ausschreibung für unseren Wettbewerb „Mathematik in Wirtschaft und Berufswelt“ an alle Hauptschulen und Schulen mit Hauptschulteil in Schleswig-Holstein verschickt. Wir wollen damit dokumentieren und anerkennen, daß an den Hauptschulen gute Arbeit geleistet wird, und wir wollen durch Verbreitung der preisgekrönten Materialien zur Förderung der Hauptschulen beitragen.

Leider sind wir von der Resonanz auf unsere Ausschreibung sehr enttäuscht: von fast 300 angesprochenen Schulen hat sich nur eine Schule mit einem Beitrag beworben. Für uns ist das unerklärlich.

Wir wenden uns deshalb heute noch einmal an Sie mit der Bitte zu überprüfen, ob eine Beteiligung möglich ist. Sollte eine Beteiligung für Sie nicht in Frage kommen, wären wir sehr dankbar für eine kurze Mitteilung der Gründe, damit wir bei zukünftigen Projekten die Belange der Hauptschule besser berücksichtigen können.

Um allen Interessenten ausreichend Zeit zu geben, verlängern wir die **Ausschreibungsfrist bis zum 30. November 1999.**

Wir hoffen, Ihr Interesse geweckt zu haben, und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Frau Denecke

BildungsZentrum Tannenfelde

Hauptschulwettbewerb

Mathematik in Wirtschaft und Berufswelt

Wer kann sich bewerben?

Bewerben können sich alle schleswig-holsteinischen Hauptschulen und Schulen mit einem Hauptschulbildungsgang. Eingereicht werden können auch mehrere Vorschläge.

Was sind die Kriterien für die Preisvergabe?

Prämiert werden im besonderen:

- Pädagogisches Konzept des Projektes (Ziele, Arbeitsschwerpunkte, Umsetzung...)
- Maßnahmen zur Steigerung von Akzeptanz und Lernbereitschaft
- Kooperation mit ausbildenden Unternehmen und anderen Organisationen, Kammern und Verbänden, Berufsschulen...

Was sind die Preise?

Preissumme insgesamt:	10.000,00 DM
Anzahl der Preise:	mindestens 10

- | | |
|-----------|-------------|
| 1. Preis: | 3.000,00 DM |
| 2. Preis: | 2.000,00 DM |
| 3. Preis: | 1.500,00 DM |

Wann ist Bewerbungsschluß?

Die Unterlagen der Bewerber müssen bis zum ~~31. Mai~~ 1999 eingegangen sein bei:
Bildungszentrum Tannenfelde
Postfach 5
24611 Aukrug
Ansprechpartnerin: Frauke Denecke
Telefon: 04873/18-0
Telefax: 04873/18-88
e-Mail: Tannenfelde@t-online.de

Die Preise werden von Frau Ministerin Ute Erdsiek-Rave überreicht. Die prämierten Arbeiten werden in einem Workshop vorgestellt. Die Materialien werden veröffentlicht und den beteiligten Hauptschulen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Unternehmen beklagen immer wieder die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Hauptschulen. Leider bestätigen die wissenschaftlichen Studien zum Wissensstand deutscher Hauptschüler die geringen Leistungen in Mathematik.

Ziel unserer Anstrengungen muß sein, die Hauptschulen auf ihrem Weg zur Qualitätsverbesserung zu unterstützen.

Mit dem Preis „Mathematik in Wirtschaft und Berufswelt“ werden Hauptschulen in Schleswig-Holstein gefördert, an denen Konzepte und Vorhaben, Unterrichtsmodelle und Methoden für den praxisorientierten und berufsvorbereitenden Mathematikunterricht umgesetzt oder entwickelt werden. Der Wettbewerb soll dazu beitragen, die Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen auf die zentrale Bedeutung der Mathematik in der Berufsausbildung vorzubereiten und frühzeitig die Akzeptanz und Lernbereitschaft im Fach Mathematik zu erhöhen.

Wir fordern engagierte Mathematiklehrerinnen und -lehrer auf, selbstentwickelte Konzepte und Materialien einzureichen.

Welche Unterlagen sollen eingesandt werden?

Dreifach einzusenden sind:

- ein aussagefähiges Deckblatt mit Beschreibung der Schule in ihrem Umfeld und eine Inhaltsübersicht
- ein höchstens sechsseitiger Bericht über ein durchgeführtes Projekt
- ein Anhang (z. B. Dokumentation von Materialien, Methoden und Ergebnissen)

Wer entscheidet über die Preisvergabe?

Die Preise werden unter Ausschluß des Rechtsweges von einer Jury vergeben.

Ihr gehören an:

Nicolaus Andreae,
KEMNA BAU Andreae GmbH & Co. KG.,
Reinhard Buhse, IPTS, Kronshagen
Walter Rossow,
Initiative Hauptschule e. V., Rellingen
Brigitte Schramm, Lehrerin,
Grund- und Hauptschule Schönberg
Monika Vogt, Rektorin,
Grund- und Hauptschule Schönkirchen
Ulrich Wiethaup, Direktor,
Elly-Heuss-Knapp-Schule, Neumünster

Integration – noch immer ein Reizthema?

- Erika Jakisch -

Rückblick auf das Schuljahr 1998/99

Viele Wochen vor dem offiziellen Anmeldetermin kommen Eltern lernbehinderter und geistig behinderter Kinder mit der bangen Erwartung zu mir: „Mein Kind kann doch zu Ihnen? Es soll so normal wie möglich aufwachsen“. Sechs Elternpaare sind es. Es ist Ihnen anzumerken, wie sehr sie bereits für ihre Kinder gekämpft haben, viele schmerzliche Erfahrungen haben sie geprägt. Ich bin betroffen.

Natürlich, für mich persönlich ist die Integration dieser Kinder keine Frage. Aber wie sieht es mit den organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen aus? Das Schleswig-Holsteinische Schulgesetz schreibt vor:

Zitat Schulgesetz § 5 Absatz 2:

„Behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler sollen gemeinsam unterrichtet werden, soweit es die organisatorischen, personellen und sächlichen Möglichkeiten erlauben und es der individuellen Förderung behinderter Schülerinnen und Schüler entspricht.“

Ebenso ist die gemeinsame Unterrichtung vorgesehen in der Ordnung für Sonderpädagogik OSP im Absatz 2 Zitat:

„Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern ist überall dort zu ermöglichen, wo sich die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen schaffen lassen und dieser Unterricht der individuellen Förderung behinderter Schülerinnen und Schüler entspricht. Grundsätzlich ist keine Behinderungsart und Schularart ausgenommen.“

Gut, räumliche und sächliche Voraussetzungen kann ich schaffen dank des Schulträgers. Bleiben die personellen, und da wird es schwierig. Grundsätzliche Bereitschaft, Kinder integrativ zu unterrichten, ist an meiner Schule vorhanden, haben wir doch bereits positive Erfahrungen mit zwei I-Klassen und etlichen Kombi-Klassen sammeln können. Aber zur Zeit traut sich niemand daran, eine I-1 zu übernehmen. Der Wille zur Mitarbeit ist da, darüber freue ich mich. Aber niemand soll zur Übernahme einer I-Klasse gezwungen werden, das ist gängige Praxis. Meine Hoffnung und Bitte, jemanden für die Klassenleitung zu finden gebe ich aus dem Grunde nicht auf, weil zwei Kollegen die Schule verlassen werden und ich auf jeden Fall eine Person wiederbekommen soll, schließlich sind wir eine expandierende Schule mit steigender Schülerzahl.

Bald ist geklärt und von den Förderzentren zugesagt, daß ich für die 6 I-Kinder 18 Sonderschullehrerstunden bekommen werde. Das ist eine gute Voraussetzung. Die individuelle Förderung der Kinder mit Behinderungen scheint mir gesichert. Ich sage den Eltern zu, die Klasse an meiner Schule einzurichten. Ungeklärt bleibt aber die Frage der Lehrerzuweisung und damit die der Klassenführung bis in die letzte Woche der Sommerferien hinein.

Dann endlich der erlösende Anruf, „Sie bekommen eine Person mit 14 Stunden“. Die Versorgung der I-Klasse scheint gerettet.

Aber großes Erstaunen auf beiden Seiten beim Kennenlernen der Kollegin: Sie kommt aus dem gymnasialen Bereich, hat kaum Praxiserfahrung und Grundschulerfahrung schon gar

nicht. Ein Kollegentausch, so wird mir gesagt, sei nicht möglich. Ich muß die I-Klasse trotzdem einrichten, die gymnasiale Kollegin sei selbstverständlich nicht in der I-1 einzusetzen, wird angeordnet. Was nun?

Ich lasse alle Planungen für den Beginn des Schuljahres (in 3 Tagen) fahren und setze mich selbst als Klassenlehrerin der I-1 ein. Mit mir gemeinsam gehen 2 Fachkolleginnen für Mathe, HSU, Sport und Kunst hinein und 2 Sonderschulkolleginnen jeweils mit 14 und 4 Stunden.

Wie kann das gehen, 3 Grundschullehrerinnen und 2 Sonderschullehrerinnen in einer I-1? Aus Erfahrungsberichten weiß man, daß einer I-Klasse 2 oder höchstens 3 Lehrkräfte zuzumuten sind. Erstaunlicherweise wird die Vielzahl der Lehrerinnen sowohl für die I-Kinder wie auch für die Regelkinder nicht problematisch. Sie beweisen bis heute eine großartige Flexibilität und können sich sehr wohl auf die jeweils andere Lehrperson einstellen. (Unter diesem Aspekt ließe sich zum Thema Integration Positives und Ermutigendes aussagen). Diese ganz andere „Normalität“ der Lehrerbesetzung meiner I-1 gilt aber nur für 7 Wochen. Gerade haben wir uns miteinander eingerichtet, die Kinder kennengelernt, sind dabei den tatsächlichen Förderbedarf der I-Kinder zu erahnen, als 4 Sonderschullehrerstunden (= 1 Person) abgezogen werden wegen Erkrankung, bleiben also insgesamt 14 Sonderschullehrerstunden.

Ich protestiere dagegen, allerdings ohne Erfolg. Mein Argument, der individuelle Förderbedarf der 6 Kinder, um den muß es gehen lt. Schulgesetz § 5 Abs. 2, stelle sich anders dar, wird nicht gehört. Hingegen wird berechnet: 5 L-Kinder = 10 Stunden + 1 G-Kind = 5, zusammen 15 Stunden, - bliebe immer noch eine Differenz von einer Stunde und bliebe außerdem ungeklärt, wieso für die Klasse zu Beginn 18 Stunden zugewiesen wurden, also ein anderer Schlüssel galt. In mehreren Gesprächen lege ich dar, daß die Genehmigungsvoraussetzungen sich für meine Klasse stark geändert haben und die Förderung der I-Kinder so nicht mehr optimal laufen kann, zumal zwei der sog. L-Kinder sich im Grenzbereich zur geistigen Behinderung befinden. Dazu sagt die OSP in § 4 Absatz 2. Zitat:

„Die Eltern erhalten einen schriftlichen Bescheid unter dem Vorbehalt einer Änderung für den Fall, daß wesentliche Genehmigungsvoraussetzungen sich geändert haben; § 6 Abs. 3 gilt entsprechend.“

Alle Gespräche bleiben fruchtlos und enden in dem Satz, ich sei gut versorgt. Meine Not, die I-Klasse so nicht weiterführen zu können wird mit dem Vergleich vom halb vollen Wasserglas abgetan, für das ich dankbar sein könne und mit der Anordnung, ich habe die Klasse so zu erhalten. Die Notwendigkeit, einen Förderausschuß erneut zu beteiligen (OSP § 6 Abs. 3) wird nicht gesehen.

Es bleiben meine Fragen:

- Aus welchem Grund wird die Forderung nach mehr Sonderschullehrerstunden, wie in den Genehmigungsvoraussetzungen auch anfangs gehabt, nicht erfüllt? Es muß um das Wohl der Kinder gehen!
- Warum traut man mir nicht zu beurteilen zu können, daß der Förderbedarf meiner I-Kinder das Maß der 14 Stunden übersteigt? Ich unterrichte sie täglich und habe mich reichlich auch studienmäßig mit Sonderpädagogik auseinandergesetzt.
- Warum ermöglichen meine Erfahrungen mit den I-Kindern nicht einen anderen Berechnungsschlüssel? Hier arbeitet der Berechnungsschlüssel contraproduktiv zum individuellen Förderbedarf der I-Kinder. Individuelle Förderung aber ist angesagt lt. OSP § 1 Abs. 2.

Mehr Solidarität und Einsatz zum Thema Integration kann ich persönlich nicht zeigen, als daß ich die I-1 selbst leite. Das alles geschieht neben meiner Schulleitung (435 Grund- und Hauptschüler), der üblichen Unterrichtsverpflichtung, neben Aufgaben wie Schulerweiterungsbau, Sporthallenbau, Schulhofgestaltung, Einrichtung einer Insel, intensive Kooperation mit der politischen Gemeinde, betreute Grundschule, Eingangsphase etc.

Ich erwarte, daß meine Forderung bezüglich der Aufstockung der Sonderschullehrerstunden erfüllt und am tatsächlichen Förderbedarf der Kinder individuell orientiert wird.

Für mich, eine überzeugte Vertreterin der Integration von Anfang an könnte sonst leider das Thema Integration auch zum Reizthema werden.

Arbeitskreis Integration

- Angela Ehlers (vds) -

Protokoll

der Sitzung vom 17. Mai 1999 in Rendsburg, 15.00 bis 18.00 Uhr

- Teilnehmerinnen und Teilnehmer: für den s/vsh: Buck, Franke, Rossow, Siegmund
für den vds: Ahrens, Dr. Appelhans, Ehlers
für die dgs: Kaack-Grothmann
für den Verband der Blinden- und Sehbehindertenpädagogen SH: Wißmann
für den Bundesverband deutscher Hörgeschädigtenpädagogen: Elsner
- Tagesordnung:
- Auswertung der Stellungnahme des Bildungsministeriums, Frau Pluhar, vom 21. 2. 99
 - Aussprache zur Synopse von s/vsh und vds
 - Entwicklung von Bedingungen zur Thematik
**Weiterentwicklung und Qualitätssicherung
der Sonderpädagogik in Schleswig-Holstein**
und sich daraus ergebende Konsequenzen für einen „Runden Tisch“.

TOP 1: Die aus dem Bildungsministerium von Frau Pluhar zugesandte Stellungnahme zu den Fragen des s/vsh wurde ausführlich diskutiert.

Die Teilnehmer waren sich darüber einig, daß

- sich die herangezogenen Schülerbemessungszahlen **landesweit auf einheitliche Kriterien** beziehen müssen,
- Einzelfallentscheidungen in den Kreisen und kreisfreien Städten weiterhin möglich sein müssen und die Lernortentscheidung für die optimale Förderung **jedes einzelnen Kindes** gefunden werden muß,
- ein Qualitätskriterienraster für geeignete Formen gemeinsamen Unterrichts bei zielgleicher und zieldifferenter Integration gefunden werden muß,
- der Gefahr der Nivellierung von sonderpädagogischen Fachrichtungskompetenzen entgegengewirkt werden muß und deshalb ein möglicher Weg die Anbindung kleiner Förderzentren an größere Systeme und die Entsendung von „Koordinatoren“ an die Regelschule, die auf einer Ebene mit den Regelschulleitungen angesiedelt sind, ist.

TOP 2: Die erstellte Synopse wurde von allen Teilnehmern für gut befunden.

TOP 3: Zur **Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Sonderpädagogik in Schleswig-Holstein** wurden folgende Eckdaten gemeinsam festgelegt:

- für die Förderzentrumsarbeit ist Planungssicherheit zu gewährleisten,
- zum Erhalt von Professionalität gehören angemessene Fortbildung, Supervision, Bündelung von Kompetenzen und Unterstützung von außen,
- qualitätsorientierte Arbeit benötigt Arbeitsplatz- und Aufgabenbeschreibungen,
- ein Qualitätsmanagement für Sonderpädagogik ist zu gewährleisten,
- Effizienzkriterien sind zu ermitteln und zu benennen,
- für alle Schularten ist eine Gleichverteilung der Ressourcen und Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Folgende Aufgabenverteilungen und Zeitleiste wurden einstimmig vereinbart:

- Es werden Grundlagenpapiere erstellt:
Sehen: Herr Wißmann
Grundschule / Sek I: Herr Franke / Herr Rossow
Hören: Herr Elsner
Lernen und Leistung: Herr Buck
Geistige Entwicklung, Sprache, Lehrerbildung, Berufl. Bildung: Herr Kaack-Grothmann, Frau Siegmund, Frau Ehlers
Körperliche Entwicklung: Dr. Appelhans erfragt Mitarbeit
Emotionale Entwicklung: ?
- Der nächste Termin für die Gesamtrunde ist: 12. Juli 1999, ab 15.30 im IPTS.
Dort wird auf der Grundlage der Arbeitspapiere ein **Forderungspapier** erstellt.
- Im September 1999 findet eine Expertenrunde zum Forderungspapier statt
(vorläufiger Arbeitstitel: Runder Tisch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen).
- Im November 1999 folgt eine Bildungspolitische Runde.
Frau Siegmund führt die Liste mit einzuladenden Personen / Gruppen.

TERMIN - VORSCHAU

Mitgliederversammlung 1999

9.11.99, 15.30 - 18.00 Uhr, Bad Bramstedt

KLEINE SCHULEN

Arbeitskreis

KLEINE SCHULEN

**Das nächste Treffen findet am 21.9.99 um 15.30 Uhr
im Hotel Gutsmann in Bad Bramstedt statt.**

Auf der **Tagesordnung** stehen:

- Situation am Jahresanfang
- Ziele für Klassenreisen
- Gestaltung der Eingangsphase

Ansprechpartner ist: Peter Franke, dienstlich Tel. 04606-238 oder franke.p@t-online.de

REGIONALVERSAMMLUNGEN

Auf Grund der Erfahrungen in den Vorjahren und wegen des Kongresses und der MV im Herbst hat der Vorstand beschlossen, die Regionalversammlungen statt Ende August in Zukunft im Februar abzuhalten. Eine Sammlung aktueller Probleme zu diesem Zeitpunkt ermöglicht dem Vorstand dann noch eine zeitnahe Reaktion zum neuen Schuljahr. Wir hoffen auf Ihr Verständnis!

Fortbildung von Kollegien in Erster Hilfe

Frau MDgt'in Dr. Doris Köster-Bunselmeyer

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Fortbildung von Lehrkräften als Ersthelfer

Sehr geehrte Frau Dr. Köster-Bunselmeyer,

in letzter Zeit kommt es beim Schulleiterverband verstärkt zu Nachfragen zum Thema „**Aus- und Fortbildung als Ersthelfer für Lehrkräfte**“. Die Verunsicherung und Verärgerung sind groß. Wir würden gern zu einer Sachklärung beitragen und bitten Sie zu den folgenden Überlegungen um eine Stellungnahme, die wir gern im Juni-Heft unserer s/vsh-information **abdrucken** wollen.

Laut Aussage von OAR Geinitz haben lediglich Lehramtsanwärter vor dem 2. Staatsexamen die erfolgreiche Teilnahme an einem Kurs als Ersthelfer nachzuweisen. Die spätere Fortbildung ist durch kein Gesetz, keinen Erlass und **keine Verordnung** geregelt.

In den Veröffentlichungen des GUV bzw. der Unfallkasse Schleswig-Holstein wird in Abständen verständlicherweise auf die **Notwendigkeit** von Aus- und Fortbildung hingewiesen. Dabei ist meist von **acht Doppelstunden** die Rede - was verständlicherweise bei vielen Kollegien auf Unzufriedenheit und bei Einzelnen auch zu einer Verweigerungstaktik führt.

Die von einigen Schulen praktizierte **Nutzung des SCHILF-Tages** für diesen Zweck scheint uns auch nicht angemessen, er sollte pädagogischen und unterrichtsrelevanten Themen vorbehalten sein.

Über Jahrzehnte nicht erfolgte Fortbildung ist ein Sicherheitsrisiko - darüber herrscht Einigkeit. Die Notwendigkeit, dass jeder Lehrer in Unterricht, Pause, auf Ausflügen und im Schullandheim zu kompetenter Erster Hilfe in der Lage sein muss, ist daher unbestritten.

Auf der Suche nach einer praktikablen Regelung fiel uns in dem Werk „**Sicherheit für Schulleiter**“ aus dem WEKA-Verlag der in der Anlage beigefügte Text auf, der die Problematik umreißt, ohne besonders auf Schleswig-Holstein zugeschnitten zu sein.

Daraus lässt sich ableiten:

- **Regelmäßige Fortbildung** muss sein - statt der GUV-Empfehlung sollte es für alle Schulen eine **klare Regelung** geben, die Konflikte in Kollegien und große Unterschiede zwischen Schulen verhindert und einen angemessenen Aufwand festsetzt.
- Die Fortbildung sollte in der **Schule**, auf die dort vorliegende äußere Situation und den aktuellen Wissensstand des Kollegiums **zugeschnitten**, stattfinden.
- Sie sollte nicht nur durch das Rote Kreuz bzw. andere Hilfsorganisationen möglich sein, sondern z.B. auch durch Ärzte, besser noch wie in Bremen durch **eine dafür ausgebildete Lehrkraft an der Schule selbst**.
- Sie sollte **alle 1-2 Jahre** als Auffrischung Pflicht sein - aber nicht länger als **1,5 bis 2 Stunden** dauern. (Das ist einfach realistischer als alle 3 Jahre 16 Stunden!!!)
- Sie sollte nicht nur die üblichen Lebensrettungsmaßnahmen enthalten, sondern **schulbezogene Inhalte** wie Sport- und Pausenverletzungen, Betreuung erkrankter Kinder und Jugendlicher auf Klassenfahrten... enthalten
- Die **Finanzierung** sollte **geregelt** sein - die Kosten dürfen nicht den Lehrkräften aufgebürdet werden - es darf aber auch keinen großen Antrags- und Genehmigungsaufwand

oder Streit zwischen Schulträgern und Bundesinnen- oder Landeskultusministerium geben.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unserer Bitte nachkommen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Sing

Leider erhielten wir auf unsere Anfrage vom April bis heute keine Antwort - die wir sonst gerne hier abgedruckt hätten!

Nachgedacht...

...und aufgeschrieben

Was wäre, wenn... wir in der Schule flexible Urlaubsregelungen und keine festgeschriebenen Ferientermine hätten ?...

- Michael Doppke -

In den letzten Jahren häufen sich bei mir die Anträge von Eltern, die ihre Kinder im Anschluß an die Ferien oder sogar ganz außerhalb der Ferienzeiten für Urlaubsreisen beurlauben lassen wollen. Einige teilen dies sogar nur kurz formlos mit oder fahren auch einfach los. Es nützt wenig, sie auf die Schulpflicht hinzuweisen, denn Konsequenzen, d.h. Verhängung von einer Ordnungsstrafe, haben keinen Aussicht auf Erfolg, zumindest habe ich in einem Fall diese Erfahrung gemacht. Manchmal habe ich sogar Verständnis für das Anliegen. Zwei oder drei Tage früher fahren zu können bedeutet bei einer Familie u.U. eine Ersparnis von



Druckfehler

„Wenn Sie einen Druckfehlär finden, bitte bedanken Sie, daß äs beabsichtigt war. Unser Blatt bringt für jeden ätwas, dänn äs gibt immer Läute, die nach Fehlärn suchn.“

etlichen hundert Mark, auch ist es sicher angenehmer, nicht mit allen anderen gemeinsam im Stau zu stehen. Dabei bin ich zu der Überlegung gekommen, dass die Ferien ja nicht zwangsläufig so organisiert werden müssen, wie es jetzt der Fall ist. Ich würde z.B. auch gern einmal im Mai in die Toscana fahren, im September in Südtirol wandern oder dann Urlaub nehmen, wenn ich ihn brauche! Also, was wäre, wenn es für Lehrkräfte und auch Schüler Urlaub wie in anderen Bereichen gäbe ?? Wie denken Sie darüber ? Wie gehen Sie mit Urlaubsanträgen um ?

Ich warte auf Zuschriften von Ihnen !

Landesbildungsserver

Betreff: Kooperation Slvsh und Landesbildungsserver

Sehr geehrter Herr Doppke,

weniger als Mitglied und Schulleiter der Grundschule Brunsbüttel Nord sondern mehr als Mitarbeiter des Landesbildungsservers wende ich mich mit einem Kooperationsangebot an Sie als Vorsitzenden des SLV-SH.

Der Landesbildungsserver (www.lernnetz-sh.de) weitert derzeit seinen Aktionsradius aus und sucht dazu Partner im Bildungsbereich. Nach Durchsicht der Homepage des slvsh kam mir die Idee zu einem abgeschlossenen Diskussionsforum für Schulleitungen im Internet. In solch einem Diskussionsforum könnten Stellungnahmen, Meinungen und Berichte von allen zugelassenen Nutzern kommentiert und diskutiert werden. Technisch würde ein solches Diskussionsforum auf dem Landesbildungsserver eingerichtet. Die Zugangsbeschränkung kann über ein Paßwort erfolgen, welches SLVSH-Mitglieder automatisch bekommen (Verbandszeitung, Rundschreiben, ...), andere Schulleitungen via E-Mail abfordern müßten. Die technische Betreuung würde durch mich erfolgen, die Einspeisung inhaltlicher "Reizthemen" würde ich in erster Linie als Aufgabe des Verbandes bzw. der angeschlossenen Teilnehmer sehen. Als Gegenleistung sollte auf der slvsh-Homepage mit einem Link auf den Landesbildungsserver hingewiesen werden.

Ein solches Diskussionsforum ist kurzfristig einrichtbar. Vielleicht schauen Sie sich einfach mal an, wie so etwas am Bildschirm aussehen könnte. Unter www.lernnetz-sh.de und dann im Bereich Kommunikation - Foren befinden sich bereits einige solcher öffentlich zugänglichen Diskussionsbereiche mit unterschiedlicher Nutzungsintensität.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Niekiet
Grundschule Brunsbüttel Nord
Tel.: 04852 2321
Fax: 04852 982070
e-mail: u.niekiet@sh-home.de
oder niekiet@gsnbrbue.hei.sh.schule.de

Keine Antwort der Ministerin zur Vorgriffsstunde

Gern hätten wir Ihnen an dieser Stelle zu dem in Heft 29 abgedruckten Brief des slvsh vom 30.3.99 an die Ministerin zur Vorgriffsstunde deren Antwort abgedruckt. Leider hat es **bis heute** keinerlei Reaktion von Seiten Frau Erdsiek-Raves gegeben! Wir bedauern dies und nehmen es nach dem Auftritt der Ministerin bei unserer letzten Mitgliederversammlung und den dort angekündigten Verbesserungen in punkto Kommunikation mit Verwunderung zur Kenntnis!

Antwort von Minister Wienholtz

auf das Protest-Schreiben Michael Doppkes zum Pauschalvorwurf
„Schulleiter verschließen die Augen vor Gewalt“ s. Heft 29 Seite 30/31

Vorsitzenden
des Schulleiterverbandes
Schleswig-Holstein e. V.
Herrn Michael Doppke
Birkeneck 3

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

25479 Ellerau

Kiel, 26. Mai 1999

Minister

Sehr geehrter Herr Doppke,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 31. März 1999 zum Thema
"Gewalt an Schulen".

Sie beziehen sich dabei auf einen Artikel in den "Lübecker
Nachrichten" vom 28. März 1999, in dem ich einen Erpressungs-
fall an einer Schule in Itzehoe als ernstzunehmendes Alarm-
signal bezeichnete, auf das Eltern, Lehrer, Schüler, Jugend-
amt, Polizei und Staatsanwaltschaft reagieren müßten.

Ich tat dies vor dem Hintergrund, daß unsere Kriminalstati-
stik seit einigen Jahren zwar rückläufige Gesamtzahlen aus-
weist, aber überproportional ansteigende Zahlen bei der Ju-
gendkriminalität: Seit 1994 hat die Zahl tatverdächtiger Kin-
der um 35 Prozent, die Zahl tatverdächtiger Jugendlicher um
fast 26 Prozent zugenommen. Bei den Erwachsenen waren es 0,4
Prozent, der Durchschnitt liegt bei 6,2 Prozent. Und bei den
Straftaten der Minderjährigen geht es nicht nur um Bagatellen,
sondern unter anderem um Verstöße gegen das Betäubungsmittel-
gesetz, um Kfz-Aufbrüche und -diebstähle, um öffentliche Sach-
beschädigungen, um gefährliche und schwere Körperverletzungen,
um Raubüberfälle und Erpressungen.

Diese Entwicklung betrachte ich mit großer Sorge. Deshalb habe ich einen Appell an die Verantwortlichen gerichtet, im präventiven Bereich noch enger zusammenzuarbeiten.

Selbstverständlich kann die Schule nicht der Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen sein, aber Vorfälle wie der in Itzehoe belegen, daß bisherige Präventionsanstrengungen noch nicht die notwendigen Wirkungen erzielen. Ich möchte die Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen dazu auffordern, bei Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität noch offensiver und dialogbereiter die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Polizei zu suchen. Der Lösungsansatz liegt neben dem Erkennen von Symptomen in der vernetzten Kooperation vor Ort.

Ich kenne die breite Palette schulischer Präventionsprojekte, die von vielen Lehrerinnen und Lehrern konstruktiv unterstützt werden, aber meines Erachtens muß eine über die Schule hinausreichende gesamtgesellschaftliche Prävention forciert werden, etwa durch örtliche Räte für Kriminalitätsverhütung.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Anregung auch durch den Schulleiterverband Schleswig-Holstein weitertransportieren würden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ekkehard Wienholtz

Wedel (Ino). Mit provokativen Thesen haben sich die Mitglieder des Landesverbandes der GEW auf ihrem Bildungstag gestern in Wedel (Kreis Pinneberg) auseinandergesetzt. Der Erziehungswissenschaftler Hermann Giesecke aus Göttingen forderte die Lehrer auf, sich wieder stärker auf den Unterricht zu konzentrieren und weniger sozialpädagogisch zu handeln. Zahlreiche Gewerkschafter, insgesamt nahmen etwa 150 Pädagogen aus dem Land teil, widersprachen diesem Appell, weil große Teile der Gesellschaft von der Schule eine umfassende Erziehung wünschten.

Nicht jeder hat ein Recht auf Bildung

Provokative Thesen bei GEW-Veranstaltung

„Viele Kollegen fühlten sich angegriffen, weil ihr bisheriges Engagement in Frage gestellt wird“, sagte die stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Claudia Schiffler. Giesecke, der selbst in der außerschulischen Jugendarbeit tätig war, warb für einen bildenden Unterricht, der sachliches, ruhiges und tolerantes Miteinander lehrt. Gesellschaftliche Werte sollten über den Unterrichtsstoff, zum Beispiel die Literatur, vermittelt werden. Außerdem müsse der

Lehrer für die Schüler ein persönliches Vorbild werden.

Giesecke widersprach der Gewerkschaftsforderung, daß jeder ein Recht auf Bildung habe – auch die möglicherweise gewalttätige Minderheit. Schule sollte ihre Regeln durchsetzen und als letzte Konsequenz auch Schüler vom Unterrichtsangebot ausschließen. „Schule kann nicht alles pädagogische Elend auf sich nehmen. Wenn sie das versucht, ruiniert sie sich“, sagte Giesecke weiter.

Barmstedter
Zeitung
vom
28.5.99

Infodienst: Weitergabe von Schülerakten von Schule zu Schule

Wir drucken hier einen Informationstext des Ministeriums ab, da zu diesem Thema immer wieder Unsicherheit besteht. Er beantwortet allerdings nicht die Frage, wie z.B. vollständige „Schullaufbahnen“ zusammengestellt werden sollen - sei es für sonderpädagogische Akten, sei es für die Berechnung der Schulbesuchszeit u.a. - wenn wir auf die - gerade bei häufig umziehenden Familien - sehr lückenhaften Erinnerungen angewiesen sind. Auch bei „notorischen Schwänzern“ vergeht so oft wertvolle Zeit, bis bei Umzügen Maßnahmen eingeleitet werden, die im Interesse der betroffenen Kinder wären.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund einer Bitte um Rechtsauskunft hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit Schreiben III 140 b vom 05.09.1996 ausgeführt:

„Nach § 50 Abs. 3 SchulG i.V.m. § 12 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) ist die Übermittlung personenbezogener Daten an andere öffentliche Stellen zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden oder der empfangenden Stelle erforderlich ist und die Voraussetzungen des § 9 LDSG (Zweckbindung) erfüllt sind. § 12 Abs. 2 LDSG läßt die Übersendung ganzer Akten nur zu, wenn eine Trennung des geforderten Vorganges von der Akte nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist, soweit kein Grund zu der Annahme besteht, daß dadurch schutzwürdige Belange der oder des Betroffenen oder von Dritten beeinträchtigt werden. Die Übersendung ganzer Akten soll somit die Ausnahme sein, es ist hier eine Rechtsgüterabwägung vorzunehmen. Die generelle Übersendung der kompletten Schülerakten an die weiterführenden Schulen ist danach nicht rechtmäßig. Bei einem Schulwechsel wird die aufnehmende Schule in der Regel nur das letzte Zeugnis benötigen, um entscheiden zu können, welcher Klasse die Schülerin bzw. der Schüler zuzuweisen ist. Das bedeutet z.B., daß nach Abschluß der Orientierungsstufe auch im Falle einer Schrägversetzung einer Schülerin oder eines Schülers an eine andere Schulart das Grundschulgutachten (Entwicklungsbericht) in der Regel seinen Zweck erfüllt hat und eine Weitergabe nicht stattfindet.

Nach dem Grundsatz, daß personenbezogene Daten bei den Betroffenen zu erheben sind, wird eine über das letzte Zeugnis hinausgehende personenbezogene Information zulässigerweise nur dann übermittelt werden können, wenn der Empfänger, also die aufnehmende Schule, die Erforderlichkeit im einzelnen darlegt. In jedem Einzelfall sind durch die abgebende Schule Empfänger und Umfang der Datenübermittlung schriftlich festzuhalten. Soweit der Leiter der aufnehmenden Schule eine umfassendere Unterrichtung begründet für erforderlich hält, hat er grundsätzlich die Möglichkeit, zusätzliche Informationen von dem/den

Sorgeberechtigten oder der volljährigen Schülerin/dem volljährigen Schüler einzuholen oder mit deren Einwilligung gezielt Unterlagen oder Auskünfte von der abgebenden Schule nachzufordern.“

Wir bitten um Beachtung dieser Rechtslage! Insbesondere ist die Weitergabe der Akten beim Übergang in die Orientierungsstufe also nicht zulässig. Den weiterführenden Schulen ist nur ein Exemplar des Entwicklungsberichts zu übermitteln (OSTO § 3 Abs. 3). Die Schülerakte verbleibt in der Grundschule. Die Aufbewahrungsfrist ergibt sich aus dem Erlaß vom 14. August 1964 (Schulrechtssammlung 2.4.2, Seite 103).

Fernsehen mit Kinderaugen

Rita Höck · LEB GYM

Wer kennt sie nicht, die Frage nach dem Fernsehkonsum der Kinder, die Frage nach dem „wie oft?“, „wie lange?“, „was?“ und „wann?“.

Diskussionen an jedem neuen Tag, und die anderen Kinder, Mitschüler und Freunde, dürfen alles im Fernsehen anschauen. Dann wird aufgezählt, diskutiert, versucht zu überzeugen und die Wahrnehmung einer flüchtigen Unsicherheit der Eltern lässt Inkonzessenz erhoffen und Erfolg – für das Kind. Wer weiß es schon genau, was Kindern schadet, was sie überfordert oder ängstigt?

Jetzt gibt es eine Elternberatung, jetzt gibt es FLIMMO, eine Broschüre, in der das Fernsehen aus der Sicht von Kindern im Alter von 3 bis 13 Jahren betrachtet wird. Die

Grundlage liefern Forschungsergebnisse und regelmäßige Befragungen. Berücksichtigt werden Sendungen öffentlichrechtlicher und privater Sender, die regel-

mäßig, mindestens einmal monatlich, ausgestrahlt werden. Im FLIMMO sind die Sendungen alphabetisch in drei Rubriken geordnet und kurz beschrieben.

- Es wird unterschieden nach Sendungen
- unterhaltsam und anregend,
- mit Ecken und Kanten,
- für Kinder schwer verdaulich.

Zudem gibt es Erläuterungen zum aktuellen Programm auf den Seiten „Rund ums Fernsehen“. Hier findet man ebenfalls Texte, in denen z. B. Stellung bezogen wird zum Fernsehkonsum der Kinder oder den Wirkungen unterschiedlicher TV-Sendungen auf die Kinder.

Herausgeber

FLIMMO ist ein Projekt des „Vereins Programmberatung für Eltern e.V.“, Mitglieder dieses Vereins sind derzeit die Landesmedienanstalten für Neue Medien, für das Rundfunkwesen, für den privaten Rundfunk, die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM), die Karl-Kübel Stiftung, Bensheim, sowie die ULR Schleswig-Holstein. Die Projektleitung hat das Institut Jugend Film Fernsehen (JFF).

Steuerentlastungsgesetz

Spendenfeindliche Regelung

Die Weitergabe gebrauchter Büromaschinen, Möbel, Firmenwagen und ähnlicher Gegenstände an Vereine, Schulen oder Mitarbeiter kann für Betriebe teuer werden: Im seit 1. April geltenden Steuerentlastungsgesetz wird eine „unentgeltliche Zuwendung eines Gegenstandes, ausgenommen Geschenke von geringem Wert und Warenmuster für Zwecke des Unternehmens, einer Lieferung gegen Entgelt gleichgestellt“ (§ 3 Abs. 1b Nr. 3 des UStG). Für gespendete Gegenstände sind also in der Regel 16 Prozent Umsatzsteuer zu zahlen. Wird etwa ein abgeschriebener und für ein Unternehmen wertloser PC von einem Händler noch auf 500 Mark Verkehrswert geschätzt, sind dafür 80 Mark Umsatzsteuer fällig. Die spendenfeindliche Regelung steht im Kontrast zur Initiative der Kultusministerien, die Betriebe dazu auffordern, alte PCs an Schulen zu verschenken. Sie kann zudem zu einem gebremsten Spendenverhalten von Unternehmen führen.

Weitere Informationen : Haufe Verlag, Peter Steinbeck (Pressestelle), Telefon (07 61) 36 83-240, Fax (07 61) 36 83-900, E-Mail peter.steinbeck@haufe.de

Erscheinungsweise

FLIMMO erscheint viermal im Jahr als Broschüre. Diese enthält einen Überblick über regelmäßig ausgestrahlte Sendungen der kommenden drei Monate, die für Kinder interessant sind. FLIMMO erscheint 14tägig als www – Angebot im Internet: (<http://www.flimmo.de>) Bisher konnten Eltern bundesweit FLIMMO lediglich über pädagogische Institutionen erhalten. Ab sofort besteht für alle Eltern die Möglichkeit, den

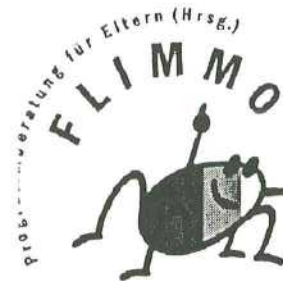
FLIMMO zu abonnieren. Da der Einzelversand mit zusätzlichen Unkosten für Druck und Vertrieb verbunden ist, wird eine Kostenbeteiligung in Höhe von DM 4,00 pro Heft (inklusive Porto) in Rechnung gestellt. •

FLIMMO bestellen Sie bei der Programmberatung für Eltern e.V. Postfach 801344 81613 München.

Z
U
R

I
N
F
O
R
M
A
T
I
O
N

<http://www.flimmo.de>



Landtagsdebatte zu „Gute Leute machen Schule“

Auf den folgenden Seiten finden Sie - in nicht immer gelungener Kopie - das Protokoll der Landtagsdebatte zur **Kampagne der Landtagsregierung im Bildungsbe- reich „Gute Leute machen Schule“**. Gleich vorneweg: Wir haben nicht die Absicht, in Zukunft die Zeitung seitenweise mit solchen Protokollen zu füllen - wir haben das auch bisher nicht getan. Allerdings haben wir bei allen, die diese oder solche uns von den Parteien regelmäßig zugesandten Protokolle gelesen haben, heftige Reaktionen festge- stellt.

Ablauf und Stil solcher Debatten sind all denen unter uns - die ihre Freizeit nicht im Kieler Landtag verbringen - unbekannt und werden teilweise als abstoßend bis absurd empfunden. Wie die Inhalte selbst be- oder abgehandelt werden, wie sie benutzt wer- den..., scheint uns allerdings sehr interes- sant. Aus diesem Grund hier einmal zu einem gerade sehr aktuellen Thema ein **kompletter Abdruck** der „Auseinander- setzung“.

Wenn Sie auch selbst die Plakate vielleicht noch nicht gesehen haben, so ist Ihnen über Radio, Fernsehen oder die Printmedien die landesweite, gesponserte Kampagne „Gute Leute machen Schule“ sicher nicht entgan- gen. Ist Ihnen die auffallende Ähnlichkeit zu unserem Slogan **„MEHR ZEIT FÜR GUTE SCHULE“** auch aufgefallen? Zufall?

Die Optimisten unter uns freuen sich, dass unsere Ministerin ihr Versprechen von unse- rer Mitgliederversammlung -etwas für das Lehrerimage zu tun - wahr gemacht hat. Dass Sie dafür Sponsoren gefunden hat, freut sparsam denkende Bürger. Die Pessimisten geraten ob des inzwischen verstrichenen halben Jahres in Unmut und bemerken die Nähe zur Wahl - also alles nur vorzeitiges Parteiengeklapper? Machen Sie sich Ihr eigene Bild...

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann sind wir bei der Sache. Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Stunde

Kampagne der Landesregierung im Bildungsbe- reich: Gute Leute machen Schule

Antrag der Fraktion der CDU

Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Oppositionsführer Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 270 Tage vor der Land- tagswahl starten Sie, Frau Erdsiek-Rave, die durch- sichtigste Vorwahlkampagne, die es in Schleswig- Holstein je gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich früher und wenn Sie sich aus Über- zeugung für die **Lehrer** eingesetzt hätten,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist das ent- scheidende!)

dann hätten Sie sich den Weg zum Beispiel heute abend nach Rendsburg zur Christian-Timm- Realschule sparen können. Sie hätten sich nämlich dann, Frau Erdsiek-Rave, wenn Ihnen wirklich das Bild der Lehrer in der Öffentlichkeit so am Herzen liegt und nicht nur wahltaktische Gründe diese Ima- gekampagne bestimmen, schon vorher in Ihrer Funk-

Imagekampagne für Lehrer gelobt

Die gemeinsame Aktion des Kultusministeriums und der großen schleswig-holstei- nischen Tageszeitungen zur Verbesserung des gesell- schaftlichen Ansehens der Lehrer ist auf ein positives Echo gestoßen. Die Lehrerge- werkschaft GEW wie auch der Deutsche Beamtenbund lob- ten die von Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) ini- tierte Kampagne mit dem Ti- tel „Gute Leute machen Schule“ als einen vorbildlichen Beitrag, um das „schiefe Lehr- erbild“ in der Öffentlichkeit wieder gerade zu rücken.

Bei ihren Schulbesuchen habe sie festgestellt, daß Lehr- er in der Regel engagiert und kompetent ihre Arbeit leisten. Trotzdem herrsche in der Öff- entlichkeit ein negatives Bild, dem begegnet werden müsse, sagte Erdsiek-Rave. Neben großen Plakatwänden und Sonderseiten in den Ta- geszeitungen ist für Juni auch eine Veranstaltungsreihe in Schulen geplant. Die Kosten der Kampagne tragen die Ver- lage und eine Versicherung.

„Eine lobenswerte Sache“,

Flbg, Tgbl.
26.5.99

kommentierte die GEW-Lan- desvorsitzende Rita Witt- maack die Aktion. In Zeiten, in denen Politiker gemeinhin lieber Vorurteile gegenüber Lehrkräften schüren und aus- nutzten, falle der Weg der Kultusministerin sehr positiv auf. „Vielleicht hat ja auch Ministerpräsidentin Simonis einmal Zeit, einen Blick auf die Plakate zu werfen,“ so Wittmaack.

Lob kam auch vom Deut- sche Beamtenbund DBB. „Mit dieser Aktion stärken Sie den Kollegen den Rücken, die seit Jahr und Tag trotz der teilwei- se rüden öffentlichen Anfein-

dungen ihren Beruf nicht nur als Job sondern auch als Beru- fung empfinden,“ so DBB- Landeschef Wolfgang Blö- dorn.

Kritisch äußerte sich CDU- Oppositionsführer Martin Kayenburg. Es sei grotesk, daß die rot-grüne Landesregie- rung, die ständig das Ansehen der Lehrer beschädigt habe, neun Monate vor der Land- tagswahl eine Imagekampa- gne starte. Die CDU werde die Aktion „Gute Leute machen Schule“ zum Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag machen.

(Martin Kayenburg)

tion als Landtagspräsidentin und insbesondere in Ihrer Funktion als Vorsitzende der Mehrheitsfraktion um diese Lehrer kümmern müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich jetzt Rendsburg erwähne - Ihr Weg hätte dann nicht nach Rendsburg zu führen brauchen, sondern nur mal eben in die Staatskanzlei. Aber möglicherweise durften Sie ja nicht tun, was Sie wollten. Ich erinnere nur an die **Entbeamtungspolitik**. Vielleicht gibt es ja auch in diesem Punkt künftig noch ein paar Änderungen. Denn wenn jemand das angeblich schlechte Ansehen von Beamten im allgemeinen und von Lehrerinnen und Lehrern im besonderen in Schleswig-Holstein zu vertreten hat - und zwar an vorderster und allererster Stelle -, so ist das die Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit Ihrer Aktion versuchen Sie, Frau Erdsiek-Rave, doch nur, den Schaden zu reparieren, den Frau Simonis über Jahre hinweg mit ihrer **Beamtenschelte** angerichtet hat. Sie fürchten doch, die Landtagswahlen zu verlieren, weil an den Schulen des Landes deutlich ist, daß Sie überhaupt nicht in der Lage sind, eine angemessene Bildungspolitik zu vertreten. Längst schon herrscht eine Stimmung gegen Sie und gegen Ihre verfehlte Schulpolitik. Ich sage Ihnen: Wer erst 270 Tage vor der Landtagswahl dieses Thema entdeckt und sagt, daß ihm die Lehrerinnen und Lehrer am Herzen lägen, der wird am 27. Februar nächsten Jahres scheitern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Erdsiek-Rave, ich gestehe Ihnen ja zu, daß Sie Ihr Amt etwas geschickter angehen als Ihre Vorgängerin. Aber Sie setzen auf das kurze Gedächtnis von Lehrern, Eltern und Schülern. Ihre **Schulpolitik** beschränkt sich im Moment auf Öffentlichkeitsarbeit und Schulbesuche. Das ist der eigentliche Knackpunkt. Glauben Sie wirklich, daß Sie mit diesem „Begöschungskurs“ die Fehler der Landesregierung vergessen machen können? Glauben Sie, daß Sie in 270 Tagen Vertrauen zurückgewinnen können? Glauben Sie eigentlich, daß die Lehrer und die Eltern so naiv sind, Ihnen zu folgen? Wenn Sie sie für so naiv halten, grenzt das schon fast an eine Beleidigung der Eltern, Schüler und Lehrer.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Frau Simonis im „Spiegel“ am 30. September 1996 als schärfste Kritikerin des geltenden Beamtenrechts bezeichnet wird, so ist genau dies der Knackpunkt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist genau richtig!)

- Andere, Frau Fröhlich, arbeiten daran und wollen das Beamtenrecht sachlich und konkret verändern.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Ministerpräsidentin ebenfalls!)

Frau Simonis hat sich vor allem damit profiliert, daß sie die Beamten insgesamt und damit auch die Lehrer beschimpft hat. Das ist doch das eigentliche Problem!

In der schon erwähnten Ausgabe des „Spiegels“ hat Frau Simonis richtig losgelegt. Ich zitiere:

„Für jeden Punkt, für den man was auf die Rübe bekommen kann, vom Verwaltungsgericht oder vom Abteilungsleiter, legt man erst einmal einen Vorgang an. Es lebe der Vorgang. Und aus dem Vorgang muß ganz klar hervorgehen: Ich war es nicht, es war der andere.“

Ich sage: Wer so über Beamte redet, der motiviert seine Mitarbeiter nicht, sondern der macht sie in der Öffentlichkeit lächerlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis hat damit auch gegen die **Fürsorgepflicht** verstoßen, die eine Ministerpräsidentin als Amtsherrin hat. Sie beteiligt sich daran, eine ganze Berufsgruppe zu diskreditieren. Das ist das eigentliche Problem. Im Grunde ist Frau Simonis damit nicht besser als diejenigen, die an Stammtischen Witze auf Kosten anderer erzählen. Dies will nun die Bildungsministerin ausbügeln.

Aber was sollen die Wähler eigentlich davon halten, wenn auch in dem Buch von Frau Simonis „Kein Blatt vor dem Mund“ losgelegt wird? Ich denke, das ist kein Statement, sondern wohlüberlegt und sorgfältig formuliert. Vielleicht hat sie beim Schreiben sogar nachgedacht. Sie sagt, daß die Welt nicht unterginge, wenn Lehrerinnen und Lehrer sich dort - gemeint ist: bei anderen Einrichtungen - nützlich machten, anstatt als Frühpensionäre auf Kosten der Allgemeinheit ihren Garten zu pflegen. Ich frage mich: Was ist das eigentlich für ein Bild der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Lande?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will zusammenfassen. Frau Erdsiek-Rave, dies ist eine geschickt getarnte **Wahlkampfaktion**, die sich eines zweifellos wichtigen Themas annimmt. Aber ich bin genauso sicher, daß Sie dadurch, daß Sie einen bestimmten Eindruck zu erwecken versuchen, und mit Ihrem Lehrerberuhigungskomitee keine

(Martin Kayenburg)

Chance erhalten werden, die Stimmung an den Schulen zugunsten Ihrer Politik umzukehren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kayenburg, wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie uns mit Ihrem Antrag die Gelegenheit geben, einer lobenswerten Initiative auch in der Aktuellen Stunde das nötige Lob zukommen zu lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einen anderen Dank aussprechen. Dieser gilt den Jugendzeitschriften, den Zeitungsverlagen und auch einem Versicherungsunternehmen,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

das die Initiative der Medien unterstützt, und - wie ich finde - einen Teil dazu beiträgt, daß hier nicht nur etwas aus dem politischen Raum heraus entsteht, sondern daß dies auch von öffentlicher Meinung getragen wird. Und das ist ja der Ansatzpunkt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Ich werde meine Geschäftsbeziehungen überprüfen! - Zuruf von Klaus Schlie [CDU])

- Herr Schlie, daß Sie dazwischenreden müssen, weiß ich. Solange die CDU Politiker wie Sie hervorbringt, ist es eine moralische Pflicht, daß wir weiterregieren.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will **deutlich** sagen, was mir und uns an dieser Kampagne **gefällt**. Es geht ja nicht darum, das Lehrerbild zu überhöhen und die Lehrer mit höheren Weihen auszustatten. Vielmehr geht es darum - das ist der entscheidende Punkt -, einer Berufsgruppe Respekt und Anerkennung zu zollen, die in ganz wesentlichem Maße für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft verantwortlich ist,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dazu hätten Sie eine ganze Legislaturperiode lang Zeit gehabt!)

die durch den Wandel unserer Gesellschaft mit neuen pädagogischen Herausforderungen konfrontiert wird und die sich trotz Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit durch ein hohes Maß an Engagement auszeichnet. Wenn man das öffentlich lobt, vertut man sich nichts,

auch wenn man gerade in der Opposition ist. Das möchte ich einmal deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Darum geht es doch gar nicht!)

Natürlich wissen wir auch - wer weiß das nicht? -, daß es bisweilen Meinungsverschiedenheiten zwischen Politik und Verbänden, auch zwischen Landesregierung und Lehrerverbänden, gibt. Wir wissen auch, daß Lehrer wie andere Berufsgruppen nicht immer mit dem einverstanden sind, was die Politik beschließt, die den ganzen gesellschaftlichen Bereich im Auge haben muß.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das ist ein Massenphänomen im Lande!)

Auch wir würden uns materiell das eine oder andere mehr wünschen, und wir wissen auch, daß der Reform- und Weiterentwicklungsbedarf an den Schulen durch eine solche Initiative allein nicht zu befriedigen ist. Nichtsdestotrotz: Was soll uns eigentlich daran hindern, auch gute Leistungen von Lehrern öffentlich zu benennen und uns darüber zu freuen, wenn das die Medien auch transportieren?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz Ihres sommerlichen Jacketts, Herr Kayenburg: Was für ein kleines Karo muß man eigentlich im Kopf tragen, um die Initiative „Forum Lehrerbildung“ in das Gesamtbild von Fundamentalopposition einzubauen? Meines Erachtens steht das der Opposition nicht gut zu Gesicht. Sie sollten vielleicht einmal darüber nachdenken, was diese Miesmacher-Grundhaltung für die politische Kultur im Lande bedeutet.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Uwe Eichelberg [CDU]: Fällt Ihnen das immer nur vor der Wahl ein?)

Der Verlust, Positives anerkennen zu können, muß meines Erachtens tiefere Ursachen haben, muß auch im Sozialpsychologischen angelegt sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Enquetekommission „Gentechnik“ vielleicht!)

Deswegen lassen Sie mich Ihnen zum Abschluß einen Tip für die Urlaubslektüre mit auf den Weg geben. Ich glaube, es könnte hilfreich sein, die klassische Studie Erich Fromms über die fatalen Langzeitfolgen des Nörgelns mit dem Titel „Von der Liebe zum Leben“ mit in das Gepäck zu nehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Trainingsseminar "effektive Gesprächsführung"

Seminar für Schulleitungen

Seminarleitung: Elke Wagner, Päd. Beraterin, Supervisorin
Bernd - Dieter Hönicke, Supervisor, Rektor

Schulleiter/-innen sind mit einer Vielzahl von Anforderungen und Aufgabenfelder konfrontiert. Konflikte und Spannungen im und mit dem Kollegium sowie Probleme mit Schülern und Eltern belasten die tägliche Arbeit.

Ein flexibles Kommunikationskonzept kann Neuorientierung und Entlastung geben: Mit Hilfe verschiedener Bausteine soll die Kompetenz der eigenen Gesprächsführung gefestigt und weiterentwickelt werden.

Ausgehend von konkreten Beispielen werden folgende Interventionstechniken

Kritikgespräch - Konfliktgespräch - Beratungsgespräch

in praxisnahen Trainingseinheiten vorgestellt und erprobt.
Kurze Theorieanteile führen in die jeweiligen Bausteine ein, ergänzt durch Fallpräsentation, Rollenspiel und Videofeedback.

Dieses Angebot unterstützt die Erweiterung des eigenen Kommunikationskonzeptes und stärkt somit die persönliche Führungskompetenz.

Geplanter Seminarverlauf

- 5 Sitzungen zu je 2,5 Std.
- 14-tägig von 15.30 - 18.00
- Beginn: Mi., 03.11.1999 weitere Treffen nach Absprache
- Tagungsort: Bad Bramstedt, Hotel Gutsmann
- Kosten/ TN: 350,00 DM
- Verbindl. Anmeldung: Telefon 04542 / 800 140, tägl. von 8.00 - 12.00 Uhr

*spätestens
bis 01.10.1999*

(Jürgen Weber)

Vielleicht gelingt es Ihnen dann, manchmal über Ihren Schatten zu springen und mit dem Vorsitzenden des Beamtenbundes Schleswig-Holstein, Herrn Blödorn, zu formulieren: Sehr gut, Frau Ministerin, sehr gut!

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor wir fortfahren, möchte ich weitere Gäste begrüßen. Ich begrüße in der Besucherloge die Bürgerbeauftragten der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Sie sind Gäste der Bürgerbeauftragten Schleswig-Holsteins. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich begrüße ebenfalls unseren ehemaligen Kollegen, Herrn Johna.

(Beifall)

Nun erteile ich Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn es stimmt, daß in einer sich mehr und mehr individualisierenden Gesellschaft die wichtigste Frage an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist, was du für den Zusammenhalt deines Landes getan hast?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: American discussion?)

- in philosophischen Diskussionen kann man heutzutage solche Themen hören -, dann muß man der Aktion von Zeitungen, einer Versicherung, der Kultusministerin und Schulen zugestehen, daß sie im besten Sinne zukunfts~~fähig~~ ist.

(Zurufe von der CDU: Na, das bezweifeln wir!)

Geben Sie es doch zu, Herr Kayenburg: Ihre unfreundliche „pi“ ist neidgefärbt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Sie werden doch nicht im Ernst behaupten wollen, an den Vorurteilen über Lehrer nach dem Muster „vormittags recht haben und nachmittags frei“ sei einzig und allein die Entbeamtungspolitik der Landesregierung schuld.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch diese Vorurteile und nicht wir!)

- So etwas ist absurd, Herr Kayenburg!

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Oder soll ich etwa die Pressemitteilung so verstehen, daß Sie nur Beamte für angesehen halten, Angestellter zu sein jedoch per se rufschädigend sei?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben mal wieder nichts kapiert! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie ist schlicht überfordert!)

Die Landesregierung ist in ihrer Arbeitgeber- und Arbeitgeberinnenfunktion für die Lehrer und Lehrerinnen und ihr Image in der Bevölkerung mitverantwortlich. Soweit gebe ich Ihnen recht. Und wenn die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ die Schulen in unserem Lande mit einem Großkonzern vergleicht, dann ist es wohl nicht ganz aus der Luft gegriffen, für diese Dienstleistung des Staates auch ein positives Image nach außen zu transportieren mit Mitteln, die auch einem Großkonzern nicht fremd wären.

Besonders erfreulich finde ich dabei die Kooperation zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

wie den Zeitungen, Zeitschriften, neun Schulen, gut verteilt übers Land, und dem Bildungsministerium sowie dieser Versicherungsgesellschaft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie doch, daß sie Provinzial heißt!)

Zugegeben: Alle profitieren davon. Das aber kann in einer bürgerschaftlichen Gesellschaft mit einem Staatsverständnis, das pluralistisch und weltanschaulich neutral ist und das sich auf einen Grundkonsens bezieht, dessen Werte und Inhalte sich im ständigen Wandel befinden und von keiner höheren Instanz vorgegeben werden, gar nicht anders sein.

Folgt man der These von Erziehungswissenschaftlern, dann ist Pädagogik nicht eigentlich im strengen Sinne eine Wissenschaft, sondern der Kunst zugehörig.

(Zurufe von der CDU)

Auf jeden Fall befindet sie sich in einem Raum zwischen diesen beiden Bereichen. Ich habe oft die Sorge, daß dieses fragile Element einer Pädagogik in einer mündigen, selbstbewußten Gesellschaft in Leistungstabellen sowie Stunden- und anderen Plänen untergeht.

(Irene Fröhlich)

In unzähligen Debatten, auf denen wir Politiker und Politikerinnen meistens im Vierer- oder Fünferpack auftauchen und versuchen, auf Fragen und Forderungen unterschiedlichster Zuhörerkreise Rede und Antwort zu stehen, kommt es ganz selten einmal dazu, daß ein pädagogischer Geist weht. Vielmehr müssen wir, die wir gewissermaßen die Arbeitgeberseite vertreten, das Machbare vertreten, und die Opposition glänzt mit - freundlich ausgedrückt - unhaltbaren Forderungen. Das macht natürlich Stimmung.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was? Können Sie das nicht konkretisieren?)

Und welcher Arbeitnehmer kann sich schon soviel öffentliche Aufmerksamkeit für die Vertretung seiner Interessen sichern? Aber der pädagogischen Debatte dient es nicht. Die findet viel eher bei den Schulen in freier Trägerschaft statt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ach nee!)

Nun ist der Kultusministerin zusammen mit den beiden Zeitungen und anderen Beteiligten etwas eingefallen, was tatsächlich im Sinne des scheidenden Bundespräsidenten zu einem **Motivationsschub** bei Lehrern und Lehrerinnen und zu einer **Sensibilisierung** der Eltern und Schüler und Schülerinnen gerade auch im ländlichen Bereich führen kann. Noch dazu werden die Kosten von anderen getragen. Schöner kann es doch gar nicht kommen.

So wie ich die Bildungsministerin kenne - da vertraue ich ihr auch -, wird diese Aktion keine Einbahnstraße sein. Vielmehr wird es eine breite gesellschaftliche Debatte über die Bildungspolitik dieses Landes und die Aufgaben der Schulen im nächsten Jahrtausend geben. Das ist gut für die Lehrerinnen und Lehrer, gut für die Eltern und Schüler und Schülerinnen und gut für die **Wahrnehmung** der schulischen Wirklichkeit von **seiten des Ministeriums**.

Vielleicht **ist es noch** nicht unbedingt der Ruck, von dem der **Bundespräsident** sprach, aber es ist doch die Chance eines **gemeinsamen Aufbruchs**. Damit dieser **gelingen kann**, ist es notwendig, sich über die gemeinsamen Leitbilder und Wertungen zu verständigen. Ich wünsche jedenfalls der Aktion viel Erfolg und bin gespannt auf die weitere Entwicklung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist der Name Programm! - Heiterkeit)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem philosophisch, politisch, pädagogisch, historisch angelegten Vortrag der Kollegin Fröhlich

(Lothar Hay [SPD]: Aber nicht soziologisch!
- Ursula Röper [CDU]: Aber fröhlich!)

möchte ich hier doch zunächst folgendes feststellen. Mir scheint es so zu sein: Das ist der Stoff, aus dem man Märchen macht. „Es war einmal eine Oberfee im Land zwischen den zwei Meeren, die ist den Lehrern dort mit ihren lockeren Sprüchen mächtig auf den Wecker gefallen. Und deshalb fürchtete das ganze Gefolge, von den sieben Zwergen bis hin zum blauen Klaus, daß ihr Zauber verblasen und die so Gescholtenen sich von ihnen abwenden könnten. In dieser Not kam Frau Ute, die gute Schulfée, auf einen rettenden Einfall.“

(Zurufe von der SPD: Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Sie wollte - ich zitiere - „mit einer ungewöhnlichen Aktion den erforderlichen Diskussionsprozeß befördern“.

(Ursula Kähler [SPD]: Gute Idee! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gesagt und schon getan: In allen Zeitungen, auf Plakatwänden und in Veranstaltungssälen begann sie, die **Lehrer** von frühmorgens bis spätabends zu loben. Und wenn sie auch sonst nichts für die Schulen und Lehrer getan hat - sie lobt sie heute noch.

(Holger Astrup [SPD]: Luja! Luja sag i! - Beifall und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, aus dieser Imagekampagne spricht doch das rabenschwarze Gewissen des „roten Kabinetts“. Jahrelang haben führende Sozialdemokraten die Lehrer miesgemacht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gerhard Schröder auch!)

und jetzt, neun Monate vor der Wahl, soll diese Werbeaktion für gut Wetter sorgen.

(Zurufe von der CDU)

Gewiß: Es ist Aufgabe der Politik, die Leistungen der Pädagoginnen und Pädagogen anzuerkennen, anstatt sie, wie es gerade von SPD-Seite wiederholt passiert ist, herabzuwürdigen.

Fragt man aber an den Schulen, bei den Betroffenen,

(Dr. Ekkehard Klug)

nach, wie diese Kampagne ankommt, dann stellt man fest, daß viele sie nur milde belächeln.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Der Zeitpunkt ist verräterisch. Worte statt Taten! Nach den Sommerferien werden die Lehrer in diesem Land eine „Vorgrißsstunde“ Mehrarbeit leisten, die verhindert, daß junge Kolleginnen und Kollegen, denen Sie ja die Stellen mit Ihrer Politik verweigern, in die Schulen kommen, um den Unterricht für die Kinder auch in Zukunft gewährleisten zu können.

Dem „Hamburger Abendblatt“ sagt Frau Simonis bei einem Spaziergang um den Bordesholmer See, sie möchte, daß eines Tages einmal eine Straße ihren Namen trägt. Jedenfalls das, meine Damen und Herren von der SPD, können wir ihr - so denke ich - gewähren, der Frau Ministerpräsidentin a.D. in spe. Aber wir werden uns dafür geeigneterweise eine Sackgasse aussuchen.

(Rhythmischer Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf von der SPD: Ah, ah!)

Das ist das, was zu ihrer **Entbeamtungspolitik**, zu ihrer Schulpolitik paßt, die schon in diesem Jahr 50 Millionen DM an Mehrkosten verschlingt, ohne daß sie den Schulen damit eine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde gibt, und das ist eine Politik, die wegen der Kosten, die sie verursacht, verhindert, daß wir das Geld für zusätzliche Stellen für junge Lehrkräfte einsetzen können.

Fragen Sie, meine Damen und Herren der Koalition, einmal die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die gestern - Frau Kähler war auch dabei, Frau Fröhlich und Herr de Jager - vor dem Plöner Schloßgelände gegen Ihre Politik demonstriert haben, was diese jungen Pädagoginnen und Pädagogen davon halten, daß Sie jetzt mit **Imagekampagnen** das völlig ramponierte Ansehen Ihrer Schulpolitik zu retten versuchen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ute an die Front!)

Die mehr als 40.000 zusätzlichen Schüler, die in den nächsten Jahren mit Recht eine gute Unterrichtsversorgung erwarten, ihre Eltern und ihre künftigen Arbeitgeber, die das Gleiche erwarten können, wollen eine Politik, die nicht nur mit schönen Worten und freundlichen Gesten arbeitet, sondern sie wollen echte politische Veränderungen im Sinne einer besseren Unterrichtsversorgung und einer besseren Ausstattung der Schulen.

Die Kampagne „Gute Leute machen Schule“ fördert - frei nach Arnold Petersen - nur eine andere Einsicht zutage: Gute Schulpolitik wird nur durch andere

Mehrheiten sichergestellt. Und dafür werden wir nach dem 27. Februar Sorge tragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Oh, oh! - Lothar Hay [SPD]: Oh Gott!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Frau Abgeordneter Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Jahre wieder ermitteln die großen Meinungsforschungsinstitute, welche Berufe im Bewußtsein der bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürger das höchste Ansehen genießen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und immer stehen die Ärzte und die Diplomaten an erster Stelle

(Ursula Röper [CDU]: Und die Politiker ganz unten!)

und niemals die **Lehrer**. An diesem Bild - das ist das Interessante an dieser Geschichte - hat sich über die Jahre nur ganz wenig verändert. Es gibt also Gründe genug, dieses Bild aufzubrechen und es mit der Wirklichkeit zu konfrontieren.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Gleichzeitig erleben wir in verstärktem Maße, daß gesellschaftliche Verantwortung auf die Schule und damit auch auf die Lehrkräfte abgewälzt wird.

Stichwort: „Reparaturbetrieb der Gesellschaft“. Stichwort ist aber auch die von vielen - auch in diesem hohen Hause - immer wieder aufgestellte Forderung nach mehr Leistung, mehr Leistungsvergleich, mehr Notengebung, mehr und mehr von allem. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles klafft auseinander.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Allein aus diesem Grund ist es zu begrüßen, daß sich die Bildungsministerin der Verantwortung stellt, das Lehrerbild in der Öffentlichkeit geradezurücken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Positiv finde ich dabei auch - das geht aus der Einführung hervor -, daß wir keine Mark dazubezahlen sol-

(Anke Spoorendonk)

len. Auch das ist in diesen Zeiten knapper Haushaltsmittel doch positiv zu bewerten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Daher ist es aus meiner Sicht mehr als kleinlich, der **Bildungsministerin** jetzt einen Vorwurf heraus zu machen, daß sie die Initiative ergriffen hat.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Irgendwie fühle ich mich an die Kommunalpolitik erinnert, wo alte Kommunalpolitiker immer wieder sagen: Dat hebt wi schon maakt, dat bruggten wi nich. Wat schall dat?

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die Ministerin trat ihr Amt im Oktober an.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie sagte damals - das wurde auch in der Presse deutlich -, daß sie den **Dialog** mit den Lehrerinnen und Lehrern verstärken wollte, und gerade dies beweist sie mit ihrer Imagekampagne.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nach außen hin ist es ist also ein glaubwürdiger Schritt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nach außen?)

- Nach innen hin ist es ein glaubwürdiger Schritt. - Wer glaubt, die Glaubwürdigkeit nach außen in Frage stellen zu müssen, bloß weil nächstes Jahr im Februar Landtagswahlen stattfinden,

(Ursula Röper [CDU]: Sprechen Sie doch mit den **Lehrern!** - Martin Kayenburg [CDU]: Sie **instrumentalisieren** doch die Lehrer!)

muß sich die **Frage gefallen** lassen, ob in dieser Debatte nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. In dieser Republik finden andauernd Wahlen statt.

(Ursula Röper [CDU]: Daran erinnern wir Sie beim nächsten Antrag!)

Man kann natürlich dafür sorgen - das hat ja eine Mehrheit in diesem Haus beschlossen -, daß die Wahlperioden immer weiter verlängert werden. Man kann aber auch sagen: Unabhängig von Wahlzeiten müssen Probleme angepackt werden. Das ist der richtige Schritt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Wie alle anderen Berufsgruppen sollen auch die Lehrer ordentliche Arbeitsbedingungen haben. Wie für alle anderen Berufsgruppen fordert der SSW für die Lehrer gleichen Lohn für gleiche Arbeit, und wir fordern, daß die tariflichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit der **Entbeamtung** wird noch lange keine Reformpolitik gemacht. Das ist ein Fehler in der Logik. Man meint, schon mit der Verbeamtung oder Entbeamtung schulische Probleme, inhaltliche Probleme bewältigen zu können. Das ist aber nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht darum, wirklich inhaltliche Reformen in Gang zu setzen. Mehr Lehrer einzustellen, ist nur ein Schritt. Auch das ist noch keine Reform. Ich unterstelle der Ministerin, daß sie weiß, worauf es jetzt ankommt. Ich unterstelle ihr auch, daß ihre Kampagne kein Werbegag ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie weiß, daß sie es mit einer Gratwanderung zu tun hat. Ich gehe davon aus, daß ihre Kampagne - auch das ist schon gesagt worden - von einer Schwachstellenanalyse - das Wort ist ja so modern in diesen Zeiten - begleitet werden wird.

(Ursula Röper [CDU]: Die Schwachstelle ist Frau Simonis!)

- Ich kann meine Rede gern noch einmal von vorn anfangen.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie begreifen es nicht. Der Beitrag im Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag heute morgen hat deutlich gemacht, daß es mit dem Image von Lehrkräften immer Probleme gegeben hat, und daran muß doch etwas verändert werden!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Es hat immer Probleme mit den Einstellungen von Lehrern gegeben. Sie sehen das zu verkürzt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, kommen Sie bitte zum Schluß!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich komme jetzt zum Schluß, Herr Präsident! -

Ich möchte abschließend noch einmal zur Güte sagen, daß dies aus unserer Sicht der erste Schritt ist und daß als zweiter Schritt natürlich etwas in Gang gebracht werden muß. Geben wir dem Ganzen eine Chance!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, Sie haben es sicherlich nicht beabsichtigt, aber ich habe mich gefreut, als Sie eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt haben,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil es mir die Gelegenheit gibt, auch dem Parlament zu erklären, was ich damit beabsichtigt habe, was die Hintergründe sind, was die Formen sind, wer die Partner sind, warum das Ganze zustande gekommen ist. Ich habe Sie bei Ihrer Rede eben genau beobachtet: Aus Ihnen spricht wirklich der kalte Ärger darüber, nichts anderes.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat mit nichts anderem zu tun, als daß Sie auf das Wahldatum im nächsten Jahr schon so fixiert sind, daß Sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, einmal sachlich zu werten und in eine inhaltliche Diskussion einzusteigen.

(Ursula Röper [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Nun möchte ich Ihnen aber auch sagen, was mich bei Ihrem Beitrag und dem Beitrag des Kollegen Klug sowie dem, was ich an Untertönen und Zwischenrufen so gehört habe, wirklich bestürzt hat. Ich finde es bestürzend, daß dem politischen Gegner, auch wenn man sich ärgert, schlichtweg die Lauterkeit der Motive abgesprochen wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie doch ständig!)

Darüber lachen Sie, Herr Stritzl; darüber lacht auch Kubicki, das paßt zu ihm. Auf dem Boden solcher Debatten wächst Politikverdrossenheit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Bemerkungen zur Sache machen, wozu mir diese Debatte Gelegenheit gibt. Die Qualität von Schule hängt von vielen Faktoren ab - ganz gewiß -, aber sie steht und fällt mit der Qualität der Lehrerinnen und Lehrer. Die Erwartungen an die Lehrkräfte in unserer Gesellschaft sind hoch, aber diese Erwartungen können sie - wie übrigens jede andere Berufsgruppe auch; das müßten Sie aus Ihrer Erfahrung in Personalführung eigentlich wissen - nur dann erfüllen, wenn ihre Leistungen auch anerkannt werden,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Dazu haben Sie jahrelang Zeit gehabt, und nichts ist passiert!)

anerkannt von wichtigen Teilen der Gesellschaft und natürlich auch von Politikerinnen und Politikern dieses Landes. Mir brauchen Sie das überhaupt nicht vorzuwerfen; ich habe mich immer mit Bildungspolitik beschäftigt, seit ich hier im Parlament bin, und übrigens auch davor.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie sich offensichtlich nicht immer durchsetzen können!)

Aus diesem Grundmotiv heraus habe ich mich dazu entschlossen, das dazu beizutragen, was ich dazu beitragen kann, zunächst den Lehrerinnen und Lehrern ganz persönlich zu vermitteln, daß ich ihre Arbeit wertschätze und sie gerade wegen der Belastungen, denen sie ausgesetzt sind, nachdrücklich unterstütze.

(Martin Kayenburg [CDU]: Deswegen haben Sie die Stundenzahl auch erhöht!)

Deswegen habe ich gemeinsam mit den Partnern, die Sie kennen, die Aktion „Forum Lehrerbild“ ins Leben gerufen. Die genannten Zeitungshäuser und Firmen haben die Aktion unterstützt, weil sie mit mir zusammen der Meinung sind,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

daß die Lehrerinnen und Lehrer eine gute, engagierte Arbeit machen

(Martin Kayenburg [CDU]: Immer noch!)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

und daß diese Arbeit von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist. Das ist das eigentliche Motiv dabei.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dieser Aktion sollen gewissermaßen seine ins Rollen gebracht werden. Natürlich weiß ich, daß eine solche Aktion nicht schlagartig innerhalb eines Monats alle Vorurteile gegenüber Lehrerinnen und Lehrern, die es so gibt, abbauen wird. Das soll sie auch gar nicht. Sie soll Bewußtsein bilden, sie soll eine Langfristwirkung haben.

Herr Kayenburg, ich habe auch nichts dagegen, wenn diese Aktion Stein des Anstoßes ist. So etwas befördert ja nachweislich die Diskussion. In diesem Sinne kann ich nur noch einmal sagen: Die Aktuelle Stunde war ein guter Einfall von Ihnen; in Wahrheit war es aber wohl eher eine unüberlegte Überreaktion.

Meine Damen und Herren von der Opposition, diese Aktion richtet sich letzten Endes auf die Frage der Qualität von Schule. Sie ist deswegen weit mehr als der Versuch, ein ramponiertes Image aufzupolieren. Sie soll langfristig auch dazu führen, daß sich gute, qualifizierte junge Leute, die besten Köpfe - wie ich es gesagt habe -, für diesen Beruf interessieren und diesen Beruf anstreben. Wir wollen sie in unseren Schulen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Eine solche Aktion hätten gewiß auch viele andere Berufsgruppen verdient,

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Ursula Röper [CDU])

aber von der **Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer** hängt nun einmal in ganz besonderer Weise die Zukunft unseres Landes ab.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

Auf das öffentliche Echo dieser Gemeinschaftsaktion - Sie müssen sich überlegen, wen Sie da gleichzeitig mitprügeln, wenn Sie das angreifen - bin ich stolz. Fast alle regionalen und nationalen Zeitungen haben darüber berichtet - wertend, sachlich, aber auch ironisch; das macht doch nichts.

Herr Kayenburg, daß ich mich über die Reaktion der organisierten Lehrerschaft gefreut habe, werden Sie vielleicht nachvollziehen. Was die CDU daran auszusetzen hat, kann sie selbst dem Beamtenbund erklären. Die GEW spricht von einer „lobenswerten Sa-

che“, die „positiv auffällt“, und der Fachverband der Behindertenpädagogik begrüßt die Initiative ebenfalls und sagt, daß die Aktion dazu beitrage, die mangelnde Wertschätzung weiter Teile der Öffentlichkeit für die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern einer realitätsbezogenen Einschätzung weichen zu lassen.

(Glocke des Präsidenten)

Nur Sie von der CDU haben offensichtlich ein Problem damit. Sie ärgern sich über die öffentliche Wirkung, über die Reaktionen und offensichtlich auch über die Partner. Ich kann Ihnen nur einen guten Rat geben. Es gibt in der Politik einen Grundsatz. Da er aus dem angelsächsischen kommt, zitiere ich ihn auch in englischer Sprache. Er heißt: „If you cannot beat them, join them!“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Heute abend findet die erste von neun Veranstaltungen im Lande statt. Ich lade Sie herzlich dazu ein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, ich finde es schon ein starkes Stück, daß Sie sich hier mit vor Betroffenheit brüchiger Stimme hinstellen und sich darüber beklagen,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei der CDU)

daß wir Ihnen die Lauterkeit der politischen Motive absprechen, während Sie im gleichen Atemzug uns die Lauterkeit unserer Motive absprechen. Das ist doch nicht in Ordnung!

(Beifall bei der CDU)

Lehrer haben Lob verdient, das ist klar. Das ist auch immer unsere Auffassung gewesen. Wir kritisieren diese **Imagekampagne** von Ihnen, weil wir feststellen müssen, daß Sie auf der einen Seite eine gesponserte Imagekampagne machen und auf der anderen Seite den Lehrern im Innerverhältnis das Leben schwermachen, wo Sie können.

(Beifall bei der CDU)

Diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist das, was Ihre Kampagne unglaublich macht.

(Jost de Jager)

Wenn gute Leute gute Schule machen sollen - und das sollen sie -, dann muß man sie motivieren. Wenn man in der Regierung ist, motiviert man sie nicht durch gesponserte Imagekampagnen, sondern man motiviert sie dadurch, daß man da anpackt, wo man als Regierung anpacken kann, da, wo man das Heft des Handelns in der Hand hat, wo man nur etwas zu tun braucht und nicht reden muß. Aber Sie machen es nicht!

(Beifall bei der CDU)

Wie ist denn die **Realität** in den Kollegien und auch in dem Verhältnis zwischen Bildungsministerin und den Lehrern? Da gibt es so etwas wie einen „Erbsenzählererlaß“. Allein der Begriff spricht für das, was dort mit den Lehrern gemacht wird. Sie streichen Ausgleichsstunden. Das erhöht die Motivation der Lehrer überhaupt nicht. Sie befördern Leute auf Funktionsstellen, aber mit der Bezahlung warten Sie zwei bis drei Jahre. Auch das ist nicht gerade ein Motivationsschub für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Während ihre Kampagne gerade anläuft, kriegen die Lehrer - beziehungsweise die angestellten Lehrer - eine Änderungskündigung mit der Post, Frau Erdsiek-Rave, in der es um die Probestunde geht. Glauben Sie, daß das Ihre Aktion glaubwürdig macht, wenn Sie auf der einen Seite eine Imagekampagne durchführen und auf der anderen Seite zur gleichen Zeit den Lehrerinnen und Lehrern Änderungskündigungen zuschicken? Das ist doch nicht in Ordnung!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da das Ihr ureigenster Bereich ist, hätten Sie hier Möglichkeiten zu handeln. Aber Sie tun es nicht!

Sie tun es auch in einem anderen Punkt nicht, und zwar in einem **Punkt**, der von wesentlicher Bedeutung ist, da er den **Betriebsfrieden** in den Kollegien stört. Gestern haben **über 350** angestellte Lehrerinnen und Lehrer in Plön **demonstriert**. - In Klammern möchte ich hinzufügen, daß sie Sie eingeladen hatten, aber Sie hatten es vorgezogen, einen anderen Termin zu haben. - Diese angestellten Lehrer haben noch einmal deutlich gemacht, wie demotivierend die Einkommensungerechtigkeit in den Kollegien ist. Ich darf aus der Resolution zitieren, die gestern dort verabschiedet worden ist. Da heißt es an Frau Simonis gerichtet, aber sicherlich auch gleichzeitig an die Bildungsministerin:

„Erkennen Sie endlich das hohe Maß an Motivation und Engagement der jungen Lehrerinnen und Lehrer an - nicht durch teure Anzeigenkampagnen, sondern durch rechtliche und finanzielle Gleichstellung mit den

Kolleginnen und Kollegen in Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern.“

Das kann man nur unterstützen und unterstreichen.

(Beifall bei der CDU)

In dem Zusammenhang war es schon interessant, wie sich die Kollegin Kähler gestern geäußert hat, nachdem die SPD offenbar große Schwierigkeiten hatte, Bildungspolitik auf diese Demonstration zu schicken. Frau Kähler hat gesagt, daß in der Frage der **Entbeamtung** und der angestellten Lehrer erst einmal der 24. Juni abgewartet werden solle,

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

weil es dann eine Ministerpräsidentenkonferenz gebe, auf der Sie, Frau Simonis, das Thema Beamtung/Entbeamtung noch einmal ansprechen wollten, und danach sollte noch einmal im Lichte dieser Ergebnisse beraten werden.

(Ursula Kähler [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, so kam das rüber!

Frau Simonis, ich sage Ihnen, Sie brauchen Ihre Ministerpräsidentenkollegen gar nicht zu befragen, da wir nämlich heute schon wissen, wie die Antwort lautet wird. Fragen Sie doch einmal Ihren Kollegen Glogowski! Der ist ja offenbar so ein „Referenzsozi“, den man zu allen möglichen Sachen befragt. Fragen Sie den doch mal! Der macht weiter mit der Verbeamtung!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie stehen doch jetzt schon isoliert da. Insofern brauchen Sie den 24. Juni gar nicht abzuwarten. Ich erwarte schon, daß entweder Sie, Frau Simonis, oder Sie, Frau Erdsiek-Rave, sich heute hier hinstellen und nicht wieder verzögern und vertrösten,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

daß Sie sich heute hier hinstellen und klarstellen: Wollen Sie mit der Entbeamtung weitermachen, oder wollen Sie wieder in die Verbeamtung einsteigen? Heute ist der Tag, an dem Sie das sagen können. Sie müssen es auch deshalb sagen, weil Sie die Regierung sind und keine PR-Agentur. Besinnen Sie sich auf das, was Sie wirklich sind! Handeln Sie, und reden Sie nicht nur, und schalten Sie nicht nur Anzeigen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr de Jager, wer isoliert dasteht, das ist die CDU, das sind nicht die Regierungsfractionen, das ist nicht die Ministerin. Sie ist im Bündnis mit Zeitungsverlagen, Versicherungen, Beamtenbund, Gewerkschaften, Eltern und Lehrern.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Beifall bei der SPD)

Es ist für mich eine neue Erfahrung, daß Neid als Triebfeder für das Stellen von Anträgen vorkommt.

(Lachen bei der CDU - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter habe ich gelernt, daß man das Thema **Entbeamtung** hinter jedem Thema verpacken kann. Mit der Aktion „Gute Leute machen Schule“ leistet die Bildungsministerin einen großartigen Beitrag zur politischen Kultur und zur Bedeutung der Lehrerinnen und Lehrer für unsere Zukunft. So formulierte es ein kritischer Interessenverband, der Deutsche Beamtenbund. Wenn es von dem so kommentiert wird, dann ist dies wahrlich ein Zeichen dafür, daß jemand ins Schwarze getroffen hat. Wenn der Opposition dann aber nichts besseres einfällt, als über die Bildungsministerin mit Vorwürfen wie dem der Scheinheiligkeit herzufallen, dann gilt für Sie, meine Damen und Herren von der CDU, als erstes die Überschrift aus Ihrer Pressemitteilung: „Gute Leute machen Schule, schlechte Leute Landespolitik“.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Kayenburg, ich hatte die Hoffnung, daß es auch in Vorwahlkampfzeiten möglich ist, daß Sie in dieser Frage über **Ihren** eigenen Schatten springen und in dieser Frage **an der Seite** der Bildungsministerin stehen. Ich finde, es ist die Pflicht dieses Hauses, daß wir über **Politik streiten** und diesen Streit nicht auf dem Rücken derjenigen austragen, die aus meiner Sicht für die Zukunft des Landes eine entscheidende Rolle spielen. Das sind die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

An der Qualität unseres Bildungssystems entscheidet sich auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft für das nächste Jahrtausend. Ich will nicht verschweigen, daß die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer komplexer geworden sind. Es gilt aber in erster Linie, die Motivation dieser Führungskräfte zu verbessern. Deshalb steht die **SPD-Landtagsfraktion** aus voller Überzeugung hinter der Initiative von Ute Erdsiek-Rave.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, daß wir den an den Schulen Tätigen auch Belastungen zugemutet haben, Belastungen in Form von Arbeitszeitverlängerung. Aber wir versuchen gemeinsam mit Ute Erdsiek-Rave, diese **Belastungen** abzufedern. Ich will einige Fakten nennen. Jede freiwerdende Lehrerstelle ist wiederbesetzt worden und wird in Zukunft wiederbesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir schaffen es, in einer Legislaturperiode 450 neue Planstellen in dem Haushalt zu verankern. Wir schaffen es, das Thema Altersteilzeit nicht nur zu diskutieren, sondern auch umzusetzen. Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer ist auch ein Motivationsaspekt.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte ab und zu einen Blick in andere Bundesländer werfen. Hessen zeigt uns aus meiner Sicht, was uns erwarten würde, wenn die CDU die Chance hätte, in diesem Bundesland zu regieren.

(Ursula Röper [CDU]: Wir sind in Schleswig-Holstein!)

Hessen zeigt es sehr deutlich: Streichung von freiwilligen Angeboten in der Schule, Wegfall betreuter Schulzeiten, Einheitsabschlüsse, Videoüberwachung von Schulhöfen! Wie sieht es mit der besseren Lehrerausstattung aus? - Das war doch ein großes Ziel der CDU in Hessen. Ich empfehle Ihnen, einmal die „Frankfurter Rundschau“ vom Donnerstag der vergangenen Woche zu lesen.

In Frankfurt werden 35 Lehrer an Gymnasien pensioniert - Ziel war: mehr Lehrer an die Schulen in Hessen! -, 19 werden neu eingestellt. Das ist das, was uns auch hier erwarten würde. Das ist CDU-Politik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, daß wir allen an der Schule Beteiligten Dank sagen für ihre oftmals weit über ihre zeitlichen und formalen Verpflichtungen hinaus geleistete Arbeit.

Ich möchte mit einem Satz von Bill Clinton schließen:

„Um die besten Schulen zu bekommen, müssen wir die besten Lehrer haben.“

Insofern unterstützen wir unsere Bildungsministerin.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, der kalte Ärger kann einen wirklich packen, wenn man sieht, wie Sie ein ernstes Thema in den Vorwahlkampf ziehen.

(Widerspruch bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Wer das **Ansehen der Lehrer** in der Öffentlichkeit verbessern will, gibt doch damit zu, daß es schlecht geworden ist. Warum ist es denn schlecht geworden? Wer hat das zu vertreten? - Da stehen Sie und die Ministerpräsidentin dieses Landes an erster Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Man kann eine Imageverbesserung des Lehrerberufs nicht durch eine kurzfristig finanzierte Imagekampagne oder Anzeigenkampagne bewirken. Sie brauchen vielmehr eine **Umkehr in der Bildungspolitik**. Wir müssen dort einen kraftvollen Neubeginn machen und nicht mit diesen Anzeigen begöschten.

(Beifall bei der CDU - Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Sie lesen wohl nicht Zeitung!)

Zum Neubeginn gehört auch eine Wertedebatte. Zu der sind Sie offenbar noch nicht vorgedrungen.

Zur **Finanzierung**, Frau Erdsiek-Rave! Es wird ja wohl hinterfragt werden können und müssen, wie denn finanziert wird. Sie tun sich soviel darauf zugute, daß Sie von der Presse, von einem Versicherungsunternehmen und anderen Unternehmen gesponsort werden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich frage Sie: **Wie sieht denn diese Unterstützung aus?** Denen, die Sie unterstützen sage ich: Der Grat zwischen einer Imagewerbung, die für die Lehrer positiv ist, und einer Wahlkampffinanzierung ist an dieser Stelle verdammt schmal.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sage Ihnen genauso, Frau Erdsiek-Rave: Die von Ihnen zitierte Versicherung legt Wert darauf zu sagen, daß von ihr für diese Kampagne kein Geld geflossen sei. Heute Abend wird ein Vertreter dieser Versicherung hier sein. Wir werden fragen, ob Geld geflossen sei. Da müssen Sie deutlich machen, wie die Finanzierung dieser Kampagne zustande gekommen ist. Hier liegt der Grund unseres Ärgers.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es geht überhaupt nicht darum, daß wir gegen eine Stützung der Lehrer, gegen eine Imagewerbung seien. Wir wissen wie Sie, daß Bildung keine normale Ware ist, sondern daß es sich bei **Bildung und Erziehung** um einen **Auftrag des Staates** handelt. Wenn unsere Gesellschaft eine Zukunft haben soll, müssen wir unterstützen. Von daher ist Ihr Grundgedanke im Prinzip richtig. Nur: Wie Sie das ausnutzen, ist, was wir kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie als Staat eine Zukunft haben wollen, wenn wir als Land eine Zukunft haben wollen, müssen wir doch auch sehen, daß der Staat den **Lehrern** besondere Pflichten auferlegt hat. Das hat er damit honoriert, daß er sie zu **Beamten** gemacht hat. Ich sage sehr deutlich: Es gibt auch andere Lösungen. Aber: Das ist nicht die deutsche Antwort auf den Bildungsauftrag gewesen. Ein Land und ein Staat wird nur dann eine Zukunft haben, wenn er an den geschichtlich gewachsenen Grundwerten festhält. Eine Nivellierung und Niveausenkung zum Ziel der Bildungspolitik zu machen, wie Sie das ja tun, und dem Irrglauben zu erliegen, es damit möglichst vielen recht zu machen, Frau Schröder, der versündigt sich schließlich an der Zukunft unserer Kinder. Das ist das Problem, vor dem wir hier stehen.

Die Lehrer haben - wir als CDU unterstreichen das - eine ungleich schwierigere Aufgabe als vor einigen Jahren. In immer größerem Ausmaß werden sie für Erziehungsaufgaben in Anspruch genommen, die eigentlich vom Elternhaus geleistet werden müssen. Gewalt an den Schulen, Drogenprobleme, mangelnde Konzentrationsfähigkeit nach langem Fernsehabend, steigende Jugendkriminalität - das sind doch die Probleme, mit denen die Lehrer heute konfrontiert werden.

(Sabine Schröder [SPD]: Richtig!)

Ihre Antwort auf diese Probleme, wie heißt die? - Arbeitszeitverlängerung, Abschaffung des Beamtenstatus, Dreiviertelverträge, mit denen junge Lehrkräfte jetzt aus dem Land getrieben werden,

(Ursula Kähler [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

und jetzt eine Anzeigen- und Imagekampagne zur Schadensbegrenzung vor der Landtagswahl! Das ist Ihr Rezept für die Bildungspolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie wollen eine gute, zukunftsorientierte Bildungspolitik durch Propaganda ersetzen. Sie wollen damit

(Martin Kayenburg)

Lehrer, Schüler und Eltern für dumm verkaufen und von einer bis heute gescheiterten Bildungspolitik ablenken.

Frau Erdsiek-Rave, dies ist eigentlich unter Ihrem Niveau.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich bin ziemlich sicher: Heute abend werden Sie in Rendsburg die entsprechenden Antworten bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Allzweckwaffe!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es, daß sich der Kollege Matthiessen auf seinem Parteitag lottomäßig durchgesetzt hat. Deshalb auch die Zwischenrufe!

Lothar Hay hat hier dokumentiert, daß es nicht um Vorwahlkampf geht. Deshalb ist der Hinweis auf Hessen und das, was in Hessen passiert, sehr sinnvoll gewesen. Ich muß den Fraktionsvorsitzenden der SPD allerdings korrigieren. Er hat gesagt, die Ministerin stehe in „Allianz“ mit den Zeitungsverlagen und einer Versicherungsgesellschaft. Dies stimmt nicht. Sie steht in „Provinzial“ mit den schleswig-holsteinischen Zeitungsverlagen und den „Kieler Nachrichten“. Man muß die Sponsoren auch nennen, Frau Ministerpräsidentin! Denn wenn man das nicht tut, verlieren sie auf Dauer die Bereitschaft, an dem mitzuwirken, was gegenwärtig passiert.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Gegensatz wohl zur Mehrheit der Union finde ich das, was die Ministerin macht, gut. Ich finde auch die Kampagne gut.

(Lothar Hay [SPD]: Wunderbar!)

- Das meine ich im Ernst! - Ich finde sie vor allem auch deshalb gut, weil damit dokumentiert worden ist, daß sich die Sozialdemokraten endgültig von ihren sozialistischen Vorstellungen verabschiedet haben.

(Thomas Stritzl [CDU]: Im Gegensatz zum Kapitalismus!)

Früher hieß es: Der Staat ist nicht der Reparaturbetrieb des Kapitalismus. Heute heißt es: Das Kapital ist der Reparaturbetrieb des Staates.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Ministerin - Ute! -, diese Kampagne, daß gute Leute Schule machen, wäre glaubwürdiger, wenn man diesen guten Leuten auch die entsprechenden Werkzeuge an die Hand gäbe, wirklich gute Bildungspolitik betreiben und gute Bildung vermitteln zu können.

(Monika Schwalm [CDU]: So ist das!)

Ich erinnere mich, daß wir vor drei Jahren beispielsweise über einen Antrag der F.D.P.-Fraktion diskutiert haben, über die Frage, wie es denn mit der Ausstattung an Schulen hinsichtlich einer Internetanbindung und Computern an den Schulen aussieht. Ich erinnere mich daran, daß die damalige bildungspolitische Mehrzweckwaffe der SPD mir zugerufen hat, das sei keine Aufgabe des Staates. Die Initiative der Ministerpräsidentin, Sponsoren zu finden, wurde gelobt. Ich finde es auch sehr löblich, daß es Sponsoren gibt, die Computer an die Schulen tragen und für Internetzugänge sorgen.

Eine glaubhafte und glaubwürdige Bildungspolitik aber muß doch diese Fundamentalvermittlung von Kommunikationstechniken der Zukunft als staatliche Aufgabe begreifen und nicht als Aufgabe Privater, von Sponsoren, wann immer diese bereit sind, entsprechend zu finanzieren. Da haben die Sozialdemokraten versagt, und zwar elementar, Ute Erdsiek-Rave!

(Zuruf der Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Ich höre mit großer Begeisterung die Reden der letzten Monate und Wochen. Die hören sich jetzt aber anders an als noch vor zwei, drei Jahren. Ich halte es für gut, daß wir uns auf diesem Weg befinden. Aber: Zeit spielt eine große Rolle, und die verlorene Zeit bringt für junge Menschen die Chancen, die verlorengegangen sind, nicht wieder zurück. Hier haben die Sozialdemokraten versagt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Kampagne wäre um so glaubwürdiger und die Ministerin selbst wäre in ihrer Aussage um so glaubhafter, wenn ich sie gehört hätte, als der jetzige Bundeskanzler Gerhard Schröder - das ist noch gar nicht so lange her; das kann man nachlesen, von Erich Maletzke in der „Landeszeitung“ zitiert - erklärt hat, Lehrer seien faule Säcke. Habe ich da einen Sozialdemokraten gehört, der aufgestanden ist und gesagt hat, das stimme alles nicht? Ich habe die Ministerpräsidentin nicht gehört. Im Gegenteil, ich habe mehr-

(Wolfgang Kubicki)

fach gehört - ich könnte sie jetzt zitieren; ich will das gar nicht tun -, wie sie sich in diesen Kanon der Vorurteilsbildung hineinbegeben hat. Das wirkt doch heute wie „Biedermann und die Brandstifter“. Da kommen Leute, die vorher den Brand gelegt haben, und sagen: Gebt uns den Löschapparat!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir müssen die Kampagne teilweise deshalb fahren, weil verantwortliche Politiker an höchster Stelle - von denen ich bis heute nicht gehört habe, daß sie diese Sätze zurücknehmen -, dazu beigetragen haben, daß dieses Image entstanden ist und daß sich dieses Vorurteil weiter hat „verpflanzen“ können.

Ich betone noch einmal: Bei allem Streit, den wir haben, sollten wir anerkennen, Herr Kollege Kayenburg, daß nun ein Weg beschritten wird - das sage ich ausdrücklich in Richtung auf die Ministerin -, der an dem bisherigen Bild etwas ändern soll. Ich bitte auch darum, daß wir die Fragen, die hier inhaltlich angesprochen worden sind, ganz ernsthaft diskutieren: Verträgt sich das damit, daß wir ältere Lehrer länger arbeiten lassen, damit jüngere Lehrer nicht in die Schule kommen? Verträgt sich das mit der Frage der materiellen Ausstattung der Schulen, die wir gegenwärtig haben? Verträgt sich das mit der Frage, ob beispielsweise die 200 versprochenen Lehrerstellen im nächsten Jahr - wenn überhaupt, dann als Wahlkampfversprechen - vielleicht im August 2000 kommen werden oder nicht? Diese Fragen, Kollege Lothar Hay, muß man mitbeantworten, oder die Kampagne wird hohl, was sie nicht sein darf.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil hier die Veranstaltung von gestern eine große Rolle gespielt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident!

Ich finde es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß sich die **Einstellungspolitik** dieser Landesregierung keineswegs nur auf **Lehrer** bezieht. Das war auch gestern in der Veranstaltung den dort anwesenden Lehrerinnen und Lehrern, die sehr engagiert waren und ihre Argumente sehr intelligent vorgetragen haben, nicht begreiflich zu machen. Deswegen finde

ich, daß es hier im Landtag richtig diskutiert werden muß.

Wenn Sie weiterhin so tun, Herr Kayenburg, als sei **Entbeamtungspolitik** von sich aus eine Schlechterstellung von Ruf und Image von Menschen, dann muß ich hier hergehen und sagen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich noch nie getan! Glatte Unterstellung!)

Angestellte sind eine sehr wohl wahrzunehmende und würdige Gruppe in dieser Gesellschaft,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

und es gibt überhaupt keinen Grund, eine Entbeamtung als ein per se imageschädigendes Argument vorzubringen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehen Sie sich bitte andere Bundesländer an, Herr Kayenburg! Da wird eben nicht, wie wir es tun, jede freiwerdende Stelle wiederbesetzt, was nämlich dazu beiträgt, Herr Kubicki, die Kollegien - wie es notwendig ist, das gebe ich ja zu - zu verjüngen. Es macht aber auch keinen Sinn, Herr Kubicki, das ganze Problem auf einen Schlag lösen zu wollen. Dann haben wir in 30 oder 20 Jahren - ich kann das jetzt nicht so schnell beziffern - erneut das Problem. Dann kommt dieser berühmte sogenannte Schweinezyklus wieder auf unsere nachfolgenden Generationen zu. Das kann nicht im Sinne einer ausgewogenen Schulpolitik sein. Das kann es nicht sein.

(Thomas Stritzl [CDU]: Der Begriff paßt nicht dazu!)

Es kann nicht sein, daß immer wieder riesige Auswechslungen vorgenommen werden, tiefe Täler auftauchen und wieder riesige **Auswechslungen** nötig werden, sondern man muß versuchen, langsam einen Aufbau und eine **Verjüngung** von Kollegien zu erreichen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit einer solchen Kampagne, die wir hier fahren, im Unterschied zu anderen Bundesländern jede freiwerdende Stelle wiederzubesetzen - ich betone das noch einmal -, wird genau dieses Ziel verfolgt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Bloß geht das nicht mit einem Federstrich, Herr de Jager, wie Sie das jetzt hier von uns verlangen. Sie

(Irene Fröhlich)

sagen: Schluß mit der Entbeamtung, und alles ist geklärt! So einfach ist dieses Problem nicht zu lösen. Wer jahrelang dazu beigetragen hat, Sozialversicherungssysteme mit versicherungsfremden Leistungen zu überlasten, der muß sich nicht wundern, daß die Schere zwischen Bruttolohn und Nettolohn für Angestellte heute meterweit auseinanderklafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber das ist ein Problem, das wir langfristig lösen müssen, und nicht hier einmal eben mit einer Aussage schnell lösen können, weil Herrn de Jager das gerade so einfällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Röper das Wort.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe hier noch einmal die Presseerklärung von Lothar Hay, in der er schreibt, die CDU täte gut daran, Bildungspolitik mehr mit dem Kopf als mit dem Mund zu machen.

(Lothar Hay [SPD]: Das stimmt!)

Ich glaube, er hat in der Zuordnung etwas völlig verwechselt. Im Unterschied zu der Kampagne, die im Grunde genommen nur verbal läuft, hat die CDU gehandelt und auch in diesem Jahr versucht, mit entsprechenden Anträgen etwas für die **Schulen** und für mehr **Lehrerversorgung** zu tun, statt blumige Reden zu halten.

Ich finde es auch unlauter, mögliche Entscheidungen aus **Hessen** auf Schleswig-Holstein zu übertragen, denn **Bildungspolitik** ist Sache der Länder, und wir **entscheiden** für Schleswig-Holstein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, ach, ach! Das haben Sie doch in Hessen auch gemacht, um die Wahl zu gewinnen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

- Ganz ruhig, Herr Hentschel! Sie können das ja dann ab dem 27. Februar verfolgen. Ich denke, das Ergebnis wird Ihnen auch Freude machen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Röper - -

Ursula Röper [CDU]:

Die Imagekampagne - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Röper, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Herr Hentschel, Zwischenrufe sind möglich, Zwischenreden aber nicht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay!)

Ursula Röper [CDU]:

Die Imagekampagne für das bessere Standing der Lehrer - das wurde bereits mehrfach angesprochen - ist natürlich vor allen Dingen für Frau Simonis nötig. Ich schlage vor, daß zumindest eine der geplanten Plakatwände auch in ihrem Büro aufgestellt wird, damit sie rechtzeitig und immer wieder daran erinnert wird, daß Beamte nicht da geschlagen werden wollen, wo man sie trifft.

Wenn man sieht, daß in den „Lübecker Nachrichten“ überlegt wird - das finde ich sehr interessant -, welche möglichen weiteren Berufsgruppen in Schleswig-Holstein eigentlich eine Imagekampagne nötig hätten - zum Beispiel die Polizisten, die ebenso Rückenstärkung vermissen -, dann können sich jetzt alle die **Berufsgruppen** darauf freuen, die in den letzten Jahren von der Landesregierung vor den Kopf gestoßen worden sind, mit **Imagekampagnen** rechtzeitig in diesem Jahr wieder eingefangen zu werden. Das heißt aber, die Betroffenen merken die Absicht und sind verstimmt.

Frau Erdsiek-Rave, wenn Sie sagen, aus uns spreche kalter Ärger, muß ich betonen: Wir sind am Versagen der Landesregierung nicht schuld, sondern im Grunde wird uns die **Lauterkeit der Motive** abgesprochen. Das macht die SPD ständig. Auch Frau Spoorendonk sagt zwar, es seien immer Wahlen und es müsse gehandelt werden, aber ich erinnere mich gut an verschiedene Beiträge, die die CDU eingebracht hatte und die unterschiedlich bewertet wurden, weil angeblich Wahlkampf war. Wenn man schon wartet, dann sollte man alles sachgerecht einstufen und das nicht nur für das eigene Handeln in Anspruch nehmen.

Wenn Frau Erdsiek-Rave die GEW zitiert, dann sollte sie zumindest auch sagen, daß Frau Wittmaack von der GEW gesagt hat, vielleicht habe ja Frau Simonis auch einmal Zeit, einen Blick auf diese Plakate zu werfen. Das zeigt im Grunde die Verärgerung, die nur nicht so deutlich ausgedrückt wird.

(Ursula Röper)

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Auch wir wollen gute und junge Kolleginnen und Kollegen im Land, Frau Erdsiek-Rave! Gerade an den beruflichen Schulen - ich möchte noch einmal darauf hinweisen - können jetzt schon die Referendarstellen nicht mehr besetzt werden, weil es die jungen Kollegen vorziehen, entweder in die Wirtschaft oder in andere Bundesländer abzuwandern. Das ist die Realität der Attraktivität in Schleswig-Holstein. Gerade im Bereich der beruflichen Schulen wird sich die Personalsituation in den nächsten Jahren dramatisch ändern. Das weiß auch Ihre Abteilung, nur gehandelt wird nicht.

Wenn Lothar Hay sagt, am Bildungssystem entscheide sich die Zukunft der jungen Menschen und Kinder, dann sind wir uns einig. Dann lassen Sie uns auch gemeinsam das Beste für die Kinder und Jugendlichen tun, das heißt: handeln und nicht nur reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie das Thema in die Aktuelle Stunde einbringen, sollte man denken, es handele sich um einen Skandal oder etwas sei nicht in Ordnung.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was ist da nicht in Ordnung, wenn es der Bildungsministerin gelingt, eine kostenlose Kampagne, die privat gesponsert wird, zustande zu bringen? Ist das nicht etwas Großartiges? Was ist denn Ihr Problem?

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich dachte, daß Sie gerade bei solcher Art von Sponsoring die Sache positiv sähen. Ich bin völlig enttäuscht.

(Holger Astrup [SPD]: Das mußte mal gesagt werden!)

Sie sagen, die Landesregierung wolle den Lehrern das Leben schwermachen. Haben Sie gar nicht gemerkt, daß die Landesregierung gerade ein Schulgesetz verabschiedet hat, das die Aktionsräume für die Lehrer und Schulen erheblich erweitert und Freiheiten schafft? Haben Sie das überhaupt nicht gemerkt? Sie waren doch diejenigen, die dagegen gestimmt

haben, weil Sie im Grunde im Gestern bleiben und eine **Schulpolitik** der Vergangenheit wollen, wo man die Schulen nicht kreativ gestalten und nach vorn bringen läßt, sondern sagt, es müsse alles vom Ministerium verordnet werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon verstehen Sie nun überhaupt nichts!)

Das einzige, was Ihnen einfällt, ist, mehr Lehrer zu fordern. Da war mein Zwischenruf natürlich ernstgemeint. Es ist schon erstaunlich: Wenn Sie sagen, man dürfe es nicht mit anderen Ländern vergleichen, staune ich aber. In allen Bundesländern steigen die Schülerzahlen. Das wissen wir. In fast allen Bundesländern werden Lehrerstellen abgebaut.

(Zurufe der CDU und F.D.P.)

In Schleswig-Holstein - und darauf bin ich stolz - sind in den letzten vier Jahren jedes Jahr neue Lehrerstellen geschaffen worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Da fällt Ihnen nichts Besseres ein, als zu sagen: Das darf man nicht mit anderen Bundesländern vergleichen!

(Zuruf von der FDP)

Dann versprechen Sie tausend neue Stellen, und was machen Sie dann, wenn Sie in Hessen an die Regierung kommen,? - Sie streichen! Da staune ich aber!

(Vereinzelter Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch völliger Quatsch!)

Das ist doch Politik „in der Vergangenheit“ und Lug und Trug, was Sie hier machen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind hier nicht auf einem grünen Parteitag, auf dem Sie Leute belügen können!)

Dann noch etwas: Sie haben es den Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein eingebrockt, daß sie als einzige in der gesamten Republik eine Rechtschreibung von gestern schreiben müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie führen das Land in die Vergangenheit statt in die Zukunft. Das soll Schulpolitik und Bildungspolitik sein? - Pfui!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war Ergebnis eines Volksentscheids, Herr Hentschel!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Ministerin Erdsiek-Rave das Wort:

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, daß wir über Unterrichtsversorgung, über die weiteren Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, morgen reden, nämlich dann, wenn der Bericht zur Unterrichtsversorgung aufgerufen werden wird,

(Holger Astrup [SPD]: Endlich!)

daß wir versuchen, zumindest am Ende einer solchen Debatte die Dinge auch einmal voneinander zu trennen, und daß man nicht dann, wenn man sozusagen auf einem Feld eine positive Wirkung erzeugt, sofort vorgehalten bekommt, was auf welchen anderen Feldern alles noch nicht erreicht worden ist.

Sie werden - das ist jedenfalls meine große Hoffnung, Herr Kayenburg - noch oft Gelegenheit dazu haben, sich zu ärgern, auch wenn Sie immer sagen werden: Das ist jetzt alles **Wahlkampf!** Jede Entscheidung für den Haushalt - wozu auch immer - werden Sie natürlich so bezeichnen müssen. Das ist ja anscheinend im politischen Geschäft so.

Aber ich sage Ihnen voraus: Sie werden noch öfter Gelegenheit haben, sich dann zu ärgern, weil Ihre Strategie, die **Bildungspolitik** als das Kampffeld des Landtagswahlkampfes zu besetzen, nicht aufgehen wird. Das sage ich Ihnen voraus, und darauf sollten Sie sich rechtzeitig einstellen.

(Beifall bei der SPD)

Sie fürchten sich vor jeder Form der öffentlichen Zustimmung. Das merkt man ja jetzt an Ihren Reaktionen. Aber das werde ich Ihnen nicht ersparen können.

Herr Kubicki hat ja auf etwas Wichtiges hingewiesen. Es war im übrigen der einzige oppositionelle Beitrag - das darf ich dann vielleicht auch einmal sagen -, der von einem Stück Sachlichkeit geprägt war

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und davon, etwas Positives auch zu würdigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mach mich nicht fertig! Ich muß noch gewählt werden!)

Herr Kubicki hat mich daran erinnert, daß **Sponsoren** auch gern genannt werden dürfen. Ich hatte gedacht, die wären allgemein bekannt. Aber sie können ja auch gern sozusagen in die Annalen des Parlaments einge-

hen. Ich bedanke mich natürlich ausdrücklich bei dem Engagement des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sie drucken nämlich nicht nur die Anzeigen ab. Deswegen weise ich auch Ihre wirklich polemische Formulierung, zurück, Herr De Jager: „Sie schalten Anzeigen!“ Sie ist schlicht falsch. Die Anzeigen werden vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, von den „Kieler Nachrichten“ und vom „Holsteinischen Courier“ geschaltet.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das ist so, und das geschieht umsonst.

Wenn es nur das wäre, würde ich auch sagen „Ziemliches Strohfeuer, dabei kommt nicht heraus“, aber es werden Diskussionen in Gang gesetzt, es werden Aktionen veranstaltet, und zwar nicht von mir,

(Holger Astrup [SPD]: An den Schulen!)

sondern von den Redaktionen an den Schulen; es gibt öffentliche Diskussionen, Schreibwettbewerbe, -aktionen. Das ist doch richtig und sinnvoll. Damit wird eine Diskussion in Gang gesetzt, und da geht es nicht darum, der Ministerin irgendwelche Lorbeeren zu verteilen. Ich beteilige mich an diesen Diskussionen, aber sie finden von vielen anderen aus statt. Das finde ich gut. Das ist das, wofür ich mich wirklich ganz herzlich bei Herrn Richter und beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, bei den „Kieler Nachrichten“, beim „Holsteinischen Courier“, beim Domino Verlag bedanke.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir werden es Herrn Richter sagen!)

- Ja, das sage ich Ihm heute Abend auch; er moderiert nämlich heute Abend die Veranstaltung.

(Holger Astrup [SPD]: Und Herr Kayenburg ist wieder nicht dabei!)

Auch bei der Provinzial bedanke ich mich. Allerdings lege ich Wert darauf, daß sie diese Aktion ideell unterstützt; sie tut das aus der Sicht eines Wirtschaftsunternehmens, das in Zukunft darauf angewiesen ist, daß an unseren Schulen qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, und weil sie dies unterstützen möchte. Das ist ein Stück sehr umsichtiger, nachhal-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

tiger Nachwuchspolitik, die damit unterstützt wird. Dafür bedanke ich mich sehr nachdrücklich.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD], Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich bedanke mich insgesamt für diese Debatte und für die Gelegenheit, die Sie uns dazu gegeben haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe noch zwei Wortmeldungen aufzurufen. Das werde ich auch tun. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß ich mich in Zukunft an die Geschäftsordnung halten werde. Eigentlich ist der Zeitraum für die Aktuelle Stunde abgelaufen, aber die gängige Praxis geht immer von eineinhalb Stunden aus.

(Meinhard Füllner [CDU]: 90 Minuten, Herr Präsident!)

- Nein, bitte, das müssen wir jetzt nicht diskutieren. Ich habe nur darauf hingewiesen. - Frau Abgeordnete Schröder, bitte. - Ist gestrichen!

Herr Abgeordneter Stritzl, dann haben Sie das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie hatten vermutet, wir hätten Furcht vor jeder Form öffentlicher Zustimmung zu guter Politik. Die haben wir überhaupt nicht; wir haben sie überhaupt nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Beweise!)

Wir hatten nur etwas Sorge, daß Sie vergessen haben könnten,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

was in diesem Land an Politik geschehen ist. Ich will nicht bestreiten, daß Ihre Aktion dazu dienen soll, dies vergessen zu machen, aber Sie können nicht versuchen, uns umzustimmen, daß wir auf diesen Versuch hereinfallen.

Frau Ministerin, ich höre Ihre Worte wohl. Ich finde es prima, daß Sie sagen: Wir brauchen gute, engagierte, motivierte Lehrer. Sie vermuten da einen Dissens zur Opposition. - Überhaupt nicht! Ich kann mich an viele Debatten in diesem Hause erinnern, in denen wir genau um dieses Thema der **Motivation** an unseren **Schulen** gestritten haben. Da waren Sie zwar noch nicht Bildungsministerin, da waren Sie Fraktionsvorsitzende.

Ich kann mich an viele Abstimmungen in diesem Haus erinnern - ob es bei der Frage „Mehr Mittel für 'Schulen ans Netz'“ war: nein von der SPD; „Mehr Lehrerstellen“: nein von der SPD;

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

„Schluß mit der Beamtenschelte“: nein von SPD; „Schluß mit der Entbeamtungspolitik“: nein von der SPD!

(Holger Astrup [SPD]: Das heißt „Nichtbeamtung“!)

Frau Ministerin, bei der Reklame, die Sie jetzt für sich machen, sage ich Ihnen folgendes. Wenn sich an unseren Schulen etwas ändern soll, muß dem Sprachwechsel der Politikwechsel folgen. Das ist das, was wir brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das ist das, was wir auch einfordern.

Ich sage Ihnen: Als Sie in der Verantwortung als Fraktionsvorsitzende waren, fehlte offensichtlich die Kraft, eine andere Politik durchzusetzen. Jetzt muß man kein Prophet sein, um zu wissen, daß Ihnen jetzt die Zeit fehlen wird, Ihren Reden auch Taten folgen zu lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn wir über Qualität in der **Bildungspolitik** sprechen und Sie das jetzt als neues Feld erkennen - das kann ich nur sagen, Herr Kollege Astrup! -, dann beziehen Sie bitte auch gleich das Gesamtbild der Bildungspolitik ein. Die nächste Aktion könnte ja sein - vielleicht ist sie schon gestartet worden -, daß ihr demnächst von „motivierten Professoren“ redet, daß ihr den Professoren, den Dozenten dankt - insbesondere denen, deren Stellen ihr nicht wiederbesetzt, indem ihr die Stellen offenlaßt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Nein, wir motivieren die Opposition!)

Nein, es bleibt dabei - Herr Hentschel ist gerade nicht im Saal -: Man kann nicht zwölf Jahre lang eine Politik betreiben, die dazu führt, daß diejenigen, die Bildung machen sollen - das Lehrpersonal - demotiviert werden, und daß man sich neun Monate vor der Landtagswahl hinstellt und sagt, man brauche motivierte Lehrer.

Wir brauchen motivierte Lehrer, aber dafür brauchen wir eine andere Politik. Ich glaube insofern, daß das diese Kampagne auch deutlich machen wird, weil sie diejenigen, die sie erreichen soll, die Lehrerinnen und Lehrer, daran erinnert und ihnen bewußt macht, was in den letzten zwölf Jahren Politik unter Rot-Grün bewußt nicht geleistet hat. (Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. -s/vsh -

Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Der s/vsh ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter aller Schularten. Ihm gehören z. Zt. etwa 400 Mitglieder an.

Der s/vsh stärkt das **Zusammengehörigkeitsgefühl** von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung.

Der s/vsh vertritt die **Belange** seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- und anderen Verbänden ...

Der s/vsh setzt sich ständig für die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** für Schulleitungen ein.

Der s/vsh macht deutlich, daß **Führungsaufgaben** unverzichtbarer Bestandteil von Schulleitung sind.

Der s/vsh erarbeitet Konzepte für **Schul- und Personalentwicklung** und strebt ihre Umsetzung an.

Der s/vsh organisiert **Fortbildungsveranstaltungen** und **Fachtagungen** für Schulleitungen und fördert dadurch die Kompetenz seiner Mitglieder u.a. für Leitungsaufgaben, Rechtsfragen, schulpädagogische Themen, etc. ...

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

s/vsh-Vorstand	Privatanschrift	Schuladresse	Fax
Vorsitzender Michael Doppke	Birkeneck 3 25479 Ellerau 04106 - 73762	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn 04121 - 84278	04106 - 78867
Geschäftsstelle Paul Kniebusch Postfach 1336 25536 Brunsbüttel	Westerstr.29 25704 Meldorf 04832 - 5254	Hauptschule Brunsbüttel Kopernikusstr.1 25541 Brunsbüttel 04852 - 51074	04832 - 5286
Rechtsfragen Stellv.Vorsitzender Friedrich Jeschke	Meisenweg 11 23769 Burg a. F. 04371 - 2402	Grund- und Hauptschule Burg Ohrtr. 33 23769 Burg auf Fehmarn 04371 - 9613	04371 - 3749

BEITRITTSERKLÄRUNG zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. – s/vsh –

Name	Vorname	Geb. Datum

Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständ. Schulumt

Name und Anschrift der Schule

Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax

Privat-Anschrift

Ort, Datum	Unterschrift

Ich bin damit einverstanden, daß der monatliche Beitrag von DM 10,- einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich! Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit:

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben):

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Die letzte...? - Das Letzte!

- Jörn Karnowsky -

„Vision und leuchtender Fixstern“

Das sollen Schulprogramme sein! So steht es im Heft des Ministeriums >Wege zum Schulprogramm<.

Um Missverständnissen gleich vorzubeugen:

- Es ist **notwendig**, dass ein Kollegium sich darüber Gedanken macht, was inhaltlich und organisatorisch bislang geleistet wurde und geleistet werden soll.
- Es ist **sinnvoll**, dieses niederzuschreiben, um später die gemeinsam gesteckten Ziele zu überprüfen.
- Es ist **zwingend**, dass die gemeinschaftliche Arbeit zu mehr Arbeitszufriedenheit für Lehrer- und Schülerschaft führen muss.

Aber:

- Es ist **fragwürdig**, wenn Schulprogramm Werbung wird und zu Konkurrenz zwischen Schulen führt.
- Es ist **ärgerlich**, wenn mit Sprache so inhaltsarm und fahrlässig umgegangen wird, wie in dem oben genannten Heft.

Daher möchte ich an dieser Stelle aus den Aufsätzen des Heftes eine Auswahl von Formulierungen herausgreifen, um Leserinnen und Leser anzuregen, die inhaltliche Aussagekraft, sprachliche Klarheit und begriffliche Eindeutigkeit zu prüfen.

Es darf dabei aber auch ein wenig geschmunzelt werden. Und zu unserer Beruhigung, sei hinzugefügt: „Nicht alles an Schulentwicklung ist neu“. (S. 83)

„Ach was,“ höre ich da Lorient sagen.

Trotz der sprachlichen Verwirrung, Verirrung, werde ich mit meinem Kollegium unbeirrt unser Schulprogramm erarbeiten und unsere Schule nicht als „lernende Organisation“ (S.83), sondern uns Lehrerinnen und Lehrer als Lernende verstehen.

Ängste werden wir dabei natürlich keine entwickeln; denn das können ja sowieso höchstens nur **Schulen** (S. 73).

Über den Begriff „**Ethik**“ der Evaluation (S. 70) werden wir allerdings noch geraume Zeit nachdenken, „querdenken“, „gegen den Strich denken“, „systemisch denken“,

bis er für uns „Sinn macht“ und Platz in unserem „Innovationskalender“ findet.

Mit „Ideenfindungsmethoden“ wird sich uns die „neue Dimension der Wirklichkeit“ erschließen. Zu „Problemverdichtungen“ soll es auch gar nicht erst kommen. Wir wollen ja schließlich, dass unsere Schule ein „Kulturzentrum“ wird, das „Deutlichkeit nach außen“ sichtbar macht, natürlich mit einem Programm, das durch „inneres Gewicht“ überzeugt, die „Topographie der Ziele“ darstellt und uns „Wegweiser und Vision“ ist. Dabei werden wir schon im Auge haben, dass „Leitbilder Sinnszentrum“ sind und unser Programm in seinem „Leitbild mittelfristige Optionen benennt“.

Als eine „Fraktion von Idealisten und Pragmatisten“ trauen wir uns natürlich nun nicht mehr zu sehen. „Innovativ“ wollen wir aber sein, zumal „Schulprogramme eine Innovation mittlerer Reichweite“ sind, mit Blick auf ihren „Komplexitätsgrad“. Das ist uns schon klar. Gelassen gehen wir also an unsere Arbeit. Noch ignorieren wir zwar ein wenig „Kompetenzwürfel“ und „Kardinaltugenden“. Wir verlassen uns allerdings auf „gestalterische Fantasie“, stehen wir doch unter dem Stern der neuen „Gestaltungsautonomie“. „Zukunftssinn“ wollen wir zeigen, wie es das „systemische Denken“ verlangt. Unsere „Wegmodelle“ sollen dabei nicht „Abziehbilder der Wirklichkeit“ werden. Behutsamkeit scheint da geboten

Wir sind aber guten Mutes, mit der „Methode kreativen Denkens“ zu „fokussierenden Ideen“ zu kommen, um dann auch uneingeschränkt im „Mega-trend“ zu liegen. Ein „verändertes Profil“ wird dann entstanden sein, hoffentlich bei aller Wahrung unseres Gesichtes.

Noch eine Befürchtung haben wir, Umpapier hin oder her. Wir denken natürlich bei der Auflage, dem inhaltlichen Gewicht der Broschüre auch an unseren Wald.

In Zukunft sollte das Ministerium hier „gegen den Strich“ denken, „Kontrastlösungen“ anbieten.

Das würde „Sinn machen“!

Ach nein, es reicht nun! Ich will sagen:

Es wäre sinnvoll.-----

Vorstand

Name	Privatanschrift	Schuladresse	Fax email
Rektor Michael Doppke Vorsitzender	Birkeneck 3 25479 Ellerau 04106 - 73762	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn 04121 - 84278 / 840960	Schule 04121 - 82972 privat 04106 - 78867 Michael.Doppke@t-online.de
Geschäftsstelle ¹ Rektor Paul Kniebusch Postfach 1335 25536 Brunsbüttel	Westerstr.29 25704 Meldorf 04832 - 5254	Hauptschule Brunsbüttel Kopernikusstr.1 25541 Brunsbüttel 04852 - 549910 neu!!	04832 - 5286 Paul.Kniebusch@t-online.de
Realschulrektor Uwe Koch Stv. Vorsitzender	Schobüller Str. 57 25813 Husum 04841 - 4267	Ferdinand-Tönnies-Schule Flensburger Chaussee 30 25813 Husum 04841 - 73715	04841 - 61695
Rektor Walter Rossow Stv. Vorsitzender	Wacholderweg 27 25462 Rellingen 04101 - 372780	Geschwister-Scholl-Schule Schulstr. 6 25355 Barmstedt 04123 - 7119	Schule 04123 - 2326 privat 04101 - 372782 Walter.Rossow@t-online.de
Konrektor Klaus-Ingo Marquardt Schriftführer	Pommernweg 33 24582 Wattenbek 04322 - 2362	Grundschule Wattenbek Schulstr. 6 24582 Wattenbek 04322 - 5650	04322 - 2362 Klaus.Marquardt@t-online.de
Rektor Hans-Peter Drosdatis Kassierer	Fleederbusch 9 24576 Bad Bramstedt 04192 - 4521	Grundschule G.-Keller-Str. Sandweg 39b 22848 Norderstedt 040 - 5235451	040 - 5283367
Rektor Olaf Peters Beisitzer	Heisterweg 11 24392 Süderbrarup 04641 - 933146	Gorch-Fock-Schule Mürwiker Str. 7 24376 Kappeln 04642 - 984600/9846029	04642 - 9846016
Rektor Holger Arpe Beisitzer	Mühlenberg 11c 24217 Schönberg 04344 - 3926	Grund-u. Hauptschule Schönberg Schulweg 3 24217 Schönberg 04344 - 1645	04344 - 3571 04344 - 9094 Holger.Arpe@t-online.de
Rektorin Angelika Sing Beisitzerin	Am Sportplatz 8 23881 Breitenfelde 04542 - 89274	Grund-und Hauptschule Nusse Poggenseer Weg 11 23896 Nusse 04543 - 474	04542 - 89274 slvsh@t-online.de
So-Rektorin Nora Siegmund Beisitzerin	Illerweg 31 24146 Kiel 0431 - 787894	Gerhart-Hauptmann-Schule Große Ziegelstr. 62 24148 Kiel 0431 - 722933	Schule 0431 - 721069 Nora.Siegmund@t-online.de
Rektorin Heidi Garling Beisitzerin	Quälkampsweg 98 22880 Wedel 04103 - 7896	Helene-Lange-Schule Kirchhofsweg 5 25421 Pinneberg 04101 - 22815	04101 - 207728
Friedrich Jeschke Ehrenvorsitzender Rechtsberatung	Meisenweg 11 23769 Burg a. F. 04371 - 2402	Rektor im Ruhestand seit 1.7.98 Betreuung der Pensionäre	04371 - 3749

¹ Homepage <http://home.t-online.de/home/slvsh>

Schulleiterverband Schleswig Holstein
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27, 25462 Rellingen
Postvertriebsstück, Entgeld bezahlt
C 12646

Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen Aufgaben anpacken Probleme lösen

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27
25462 Rellingen

Verantwortlich:
Angelika Sing
Walter Rossow

Auflage:
550 Exemplare

(Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten)

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Für namentlich
gekennzeichnete Beiträge ist
der/die Unterzeichnende verantwortlich

